



Medien - die vierte Gewalt?

Die Amtsstube als moderner Mysterienort - Hochschulreform,
Proteste der Studierenden - Berichte, Betrachtungen, Termine
- Finanzierung der Dreigliederungsarbeit - Netzwerkseminar
„Die neue Rolle des Staates“

Inhalt

Editorial / Notizen zum Zeitgeschehen	S. 2
Medien - die vierte Gewalt? (Christoph Strawe)	S. 4
Die Amtsstube als moderner Mysterienort (Wilhelm Neurohr)	S. 13
Hochschulreform / Uni-Demos	S. 17
Berichte und Betrachtungen	S. 21
Leserforum	S. 26
Ankündigungen und Termine	S. 27
Hinweise auf Arbeitsmaterialien	S. 30
Kostenausgleich Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ 1998	S. 30
Netzwerkseminar „Neue Rolle des Staates“	S. 32

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen in der Regel vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

EDITORIAL

Christoph Strawe / Volker Stubel

Vor uns liegt ein neues Jahr, ein Jahr, von dem zu erwarten ist, daß sich die Auseinandersetzungen um Kulturaufonomie, eine neue Rolle des Staates und eine Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft verstärken werden. Deutlicher als je zuvor wird sichtbar, daß die aus der Vergangenheit überkommenen Lösungsmuster für soziale Fragen nicht mehr tragfähig sind, daß auf die Probleme der Gegenwart neue Antworten gefunden werden müssen. Wir werden unsere Anstrengungen für eine zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung auf den verschiedensten Gebieten verstärken müssen - soweit dies in unseren Kräften liegt. Für diese Aufgaben erbitten wir auch im neuen Jahr Ihre Mitarbeit und Unterstützung.

„Medien - die vierte Gewalt?“ - das Thema des Seminars der Initiative Netzwerk am 2. November - bildet den Schwerpunkt dieses Heftes. Dabei geht es nicht nur um das Verständnis für die Rolle der Medien im sozialen

Organismus, sondern auch um die praktische Weiterentwicklung einer der sozialen Erneuerung dienenden Medienarbeit. Außerdem drucken wir einen Artikel von Wilhelm Neurohr, der das Thema Kommunalpolitik behandelt.

Für die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ ist auch im kommenden Jahr die Mitwirkung der Freunde beim Kostenausgleich eine Überlebensfrage. Wer also in der Tätigkeit der Redaktion des Rundbriefs „Dreigliederung des sozialen Organismus“ und der vermittelnden Tätigkeit unseres Büros bei der Entwicklung eines Netzwerks für soziale Erneuerung etwas Berechtigtes, Notwendiges und Förderungswürdiges sieht, kann auch im neuen Jahr bei der Finanzierung mithelfen. Mit Dankbarkeit gegenüber allen, die dabei beteiligt waren, können wir feststellen, daß im Jahr 1997 die Kosten im erforderlichen Maße ausgeglichen werden konnten. Den Aufruf zum Kostenausgleich und den Etat für 1998 finden Sie am Ende des Heftes.

Wir wünschen Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr!

NOTIERT: AUS DEM ZEITGESCHEHEN¹

(vs/cs)

Kontroverse zwischen Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel um den vom Finanzminister geforderten Kabinettsumbau. +++ Der Tod von Prinzessin Diana löst eine weltweite Woge der Emotionen aus. +++ Tod der Ordensschwester Mutter Teresa. +++ Frankreich: Die Nationalversammlung verabschiedet ein Gesetz, das die Abschaffung der Wehrpflicht bis zum Jahre 2002 vorsieht. +++ Massaker in Algerien. +++ Gipfeltreffen des Europarates in Straßburg: Neben einer Schlußklärung wird ein Aktionsplan verabschiedet, der die Einsetzung eines Kommissars für Menschenrechte und die Arbeitsaufnahme eines ständigen Gerichtshofes für Menschenrechte im November 1998 vorsieht. Der russische Präsident Jelzin kritisiert in diesem Zusammenhang in einer Rede die Nationalitätenpolitik Estlands und Lettlands gegenüber ihrer russischen Bevölkerung. +++ Parteitag der chinesischen Kommunisten in Peking. +++ Rücktritt des Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau nach Verlusten der SPD bei den Bürgerschaftswahlen, Bildung einer rot-grünen Koalition in Hamburg. +++ Auseinandersetzungen, auch zwischen CDU/CSU und FDP, über die doppelte Staatsbürgerschaft für ausländische Mitbürger. +++ Kompromiß über die Altersteilzeit in der Metallindustrie. +++ Die Regierungskoalition einigt sich über die Senkung des Solidaritätszuschlags um 2 Prozent auf 5,5 Prozent: Das macht für die Bürger insgesamt sieben Milliarden Mark weniger Belastung. +++ Die dem Bund gehörenden Lufthansa-Aktien werden auf den Markt geworfen. +++ SFOR-Truppen besetzen in Bosnien vier Sender und schalten sie wegen Hetze gegen die Vereinten Nati-

¹ Bis 7.12.1997.

onen ab. +++ Die US-Regierung schätzt, daß die NATO-Osterweiterung (Aufnahme von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik) rund 35 Milliarden Dollar kosten wird. +++ Auf dem CDU-Parteitag versichert Kohl, er wolle bei einer Wiederwahl vier Jahre im Amt bleiben. +++ Der erste Entwurf des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen liefert Zündstoff für Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei. +++ Regierungskrise in Italien. +++ Der Bürgerkrieg in Kongo-Brazzaville findet sein Ende. +++ US-Präsident Bill Clinton besucht Südamerika. +++ Der Schriftsteller Günter Grass feiert 70. Geburtstag. +++ Die 49. Buchmesse in Frankfurt bricht wieder alle Rekorde: 9.600 Verlage aus 107 Ländern stellen 306.000 Titel vor. +++ Friedensnobelpreis für die Amerikanerin Jody Williams als Koordinatorin der Kampagne zum Verbot von Landminen. +++ Das Rentensystem wird reformiert. Kernpunkt ist die schrittweise Senkung des Rentenniveaus von jetzt 70 auf 64 Prozent. Kritiker fürchten eine neue Altersarmut. Im Falle eines Sieges bei der kommenden Bundestagswahl will die SPD die Rentenreform 1999 rückgängig machen. +++ In erster Lesung im Bundestag werden das Gesetz zum Abhören von Wohnungen sowie schärfere Regelungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität beschlossen. +++ Wiederaufnahme der Nahost-Gespräche. +++ Angesichts sinkender Mitgliederzahlen bündeln immer mehr Gewerkschaften in Deutschland ihre Kräfte. In Hannover wird die IG Bergbau, Chemie, Energie gegründet. Die neue Interessenvertretung der Arbeitnehmer, hervorgegangen aus den drei Gewerkschaften Bergbau, Chemie und Leder, ist mit einer Million Mitgliedern drittstärkste im DGB. +++ Seit mehr als drei Monaten brennen in Indonesien die Wälder, nimmt der Rauch auch in Thailand, Singapur und auf den Philippinen die Sicht, verpestet die Luft. +++ Debatte über die Einbeziehung der sog. 610-Mark-Jobs in die Sozialversicherungspflicht („geringfügige Beschäftigungsverhältnisse“). Mehr als 5,5 Millionen Menschen arbeiten in diesen „Billig-Jobs“. +++ SPD-Kongreß in Dortmund. +++ Auf der Welt-Klima-Konferenz im japanischen Kyoto schlagen die USA (Weltspitzenreiter in Sachen Energieverschwendung) zur Verringerung der Treibhausgase vor, daß der erlaubte Ausstoß für einzelne Staaten individuell festgelegt werden soll, während die EU an weltweit einheitlichen Vorgaben festhalten will. +++ Die SPD meldet auf ihrem Parteitag in Hannover den Anspruch auf die Macht in Bonn an. +++ „Schwarzer Montag“ an der New Yorker Wall Street. Nach schweren Kurseinbrüchen an den Aktienbörsen in Südostasien sackt das Börsenbarometer auf einen historischen Tiefststand. In Südostasien sind innerhalb weniger Tage die Aktien im zweistelligen Prozentbereich gesunken, gestiegen und schließlich wieder gefallen. Vorausgegangen war eine Attacke der Währungsspekulanten auf den Hongkong-Dollar, die den schwersten Crash in der Geschichte der Hongkonger Börse auslöste. +++ Bundesfinanzminister Waigel verhängt zum zweiten Mal in diesem Jahr eine Haushaltsperre. +++ Der Irak behindert die Kontrollen durch Waffenexperten der UN und löst damit eine Krise aus.

+++ Großbritannien will nicht an der ersten Runde der Europäischen Währungsunion teilnehmen. +++ Staatsbesuch von Chinas Präsident Jiang Zemin in den USA. Jiang führt u.a. in Washington Gespräche mit Präsident Clinton und Kongreßmitgliedern, besucht in Philadelphia die Unabhängigkeitshalle und nimmt ein Ehrendoktorat der Universität Pennsylvania entgegen. +++ Mercedes rüstet nach Stabilitätsproblemen beim sogenannten Elchtest die A-Klasse nach. +++ Gezerre zwischen Regierung und Opposition in der Frage, wie eine Erhöhung des Rentenbeitrags auf die Rekordhöhe von 21 Prozent noch verhindert werden kann, beispielsweise durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. +++ Ein Fernfahrer-Streik führt zu massiven Verkehrsbehinderungen in Frankreich. +++ Fusion des Thyssen- und des Krupp-Konzerns. +++ Bundespräsident Roman Herzog hält eine stark beachtete Ansprache zum Thema Bildung. +++ Auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen großer Auftritt von Joschka Fischer. +++ Präsident Jelzin auf Staatsbesuch in China. +++ Bei einem Ausflug zum Tempel der Königin Hatschepsut in Luxor werden 58 Touristen aus der Schweiz, Italien und Deutschland Opfer eines Terroranschlags. +++ Ein EU-Gipfel für Arbeit in Luxemburg berät über das Problem der 18 Millionen Arbeitslosen in Europa. +++ Weit über 100.000 Studierende gehen gegen die miserable Situation an den Universitäten auf die Straße - die Bundesregierung stellt 40 Millionen DM „Soforthilfe“ zur Verfügung. +++ Das Kölner Verwaltungsgericht muß darüber entscheiden, ob die FDP 12,4 Millionen Mark an die Bundestagsverwaltung zurückzahlen muß. +++ Vorsichtige Annäherung zwischen Koalition und Opposition in Sachen Steuer- und Rentenreform, Suche nach Kompromissen. +++ Ralf Dahrendorf schreibt in der „Zeit“ einen Artikel „An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert“, in dem er die Befürchtung äußert, „daß die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten“. +++ Pleite der Yamaichi-Bank in Japan: Skandale, krumme Geschäfte und sinkende Kurse hatten zu einem Schuldenberg von 40 Milliarden Mark geführt, Anleger hatten dem Wertpapierhaus rund 320 Milliarden Mark anvertraut. +++ Gipfeltreffen der APEC-Staaten (Staaten des asiatisch-pazifischen Raums) im kanadischen Vancouver. +++ Beim Absturz eines russischen Transportflugzeugs auf ein Wohngebiet nahe Irkutsk kommen über 100 Menschen ums Leben. +++ Im kanadischen Ottawa wird von mehr als 120 Ländern ein Abkommen über die Ächtung von Landminen unterzeichnet. Nach Angaben der UN sind in ehemaligen Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten über 120 Mio. Landminen vergraben. +++

Medien - die vierte Gewalt?

Christoph Strawe

Unter dieser Fragestellung fand am 2. November dieses Jahres ein Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ zu Problemen und Aufgaben der Medienarbeit statt. Das Seminar gliederte sich in die folgenden Arbeitsabschnitte: Bewußtseinsseele und Information - die Medien im sozialen Organismus (einleitendes Referat: Christoph Strawe); Phänomene, Symptome und Tendenzen in der heutigen Medienlandschaft (einleitendes Referat: Klaus B. Harms) und: Der Zustand der anthroposophisch orientierten Publizistik und das publizistische Engagement für die Dreigliederung des sozialen Organismus (Einleitung C. Strawe). Im folgenden wird der Versuch einer Zusammenfassung der Inhalte von Referaten und Gespräch gemacht.

BEWUßTSEINSSEELE UND INFORMATION - DIE MEDIEN IM SOZIAL- ALEN ORGANISMUS

Christoph Strawe

Keine soziale Erneuerung ohne eine für das Neue aufgeschlossene Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit herzustellen, bedeutet u.a. auch, Medienarbeit zu leisten. Die Frage: „Welche Rolle spielen die Medien im sozialen Organismus?“ hat daher unmittelbar praktische Bedeutung. Will man diese Rolle verstehen, darf man allerdings nicht bei Oberflächenphänomenen stehenbleiben. Vielmehr muß man versuchen, diese Phänomene als Symptom für Tieferliegendes zu deuten.

Bewußtseinsentwicklung und Seelenglieder - die Signatur der Bewußtseinsseele

Wer ein Bewußtsein seines Menschentums, d.h. ein Verständnis für sein eigenes Wesen entwickeln will, der wird auf die Frage stoßen, wie sich dieses Wesen in leiblicher, seelischer und geistiger Hinsicht differenziert. Als leibliche Wesen gehören wir einer natürlich-gegenständlichen Welt an, als geistige Wesen gewinnen wir Anteil an den Gesetzmäßigkeiten einer Welt, die wir denkend immer mehr erkennen und in die wir als Handelnde selber geistig-schöpferisch eingreifen können. Zwischen unserem leiblichen Wesensanteil und den ihn aufbauenden Lebenskräften und dem Geistigen leben wir unser seelisch-persönliches Dasein, wobei dieses Dasein mehr leibgebunden oder mehr dem Geistigen zugewandt sein kann. Der Mensch kann sich aus der Leibgebundenheit zu immer größerer geistiger Autonomie hin entwickeln, immer höhere Wesensglieder ausbilden: Was in der Anthroposophie die Empfindungsseele, die Verstandes- und Gemütsseele und die Bewußtseinsseele genannt

wird, sind solche Stufen seelischer Selbständigkeit.¹ Wo sich das Ich des Menschen, sein eigentlicher (geistiger) Wesenskern, selber erfaßt und an der Seele bewußt zu arbeiten beginnt, kann der Mensch geistig immer reicher werden, immer mehr individuelle Impulse können von ihm ausgehen. Er beginnt dann auszubilden, was R. Steiner das „Geistselbst“, den „Lebensgeist“ und den „Geistesmenschen“ genannt hat.

Die Bewußtseinsseele ist der Punkt in der Seele, in dem das Ich seiner selbst bewußt wird und damit seine Freiheit und Mündigkeit gegenüber jeder Fremdbestimmung in Anspruch nimmt. Der freie Mensch will eigene Einsichten und Urteile entwickeln und aus diesen heraus initiativ werden und handeln. Um frei zu werden, muß sich der Mensch aber aus seinem Verschmolzensein mit der Welt lösen, muß sich von ihr distanzieren. Freiheit gibt es nicht ohne diese Befreiung von allen bisherigen Bindungen. Und dieser Zusammenhangsverlust ist zugleich der Verlust des unmittelbaren Wesensbezugs zur Welt. Dem modernen Menschen kehrt die Welt zunächst nur ihre gegenständliche Außenseite zu, die ihm in der Form isolierter Wahrnehmungselemente gegeben ist. Nur durch eigene gedankenbildende Aktivität bekommen diese Wahrnehmungen Sinn und Bedeutung, kann ihr Wesenszusammenhang wieder im menschlichen Bewußtsein aufleuchten.

Wir leben im Zeitalter der Information, ja der Informationsflut. Die Informationsfrage hängt aber nun mit der geschilderten Bewußtseinsproblematik intim zusammen. Gerade weil wir alles zuerst von außen erfahren müssen, sind wir auf „Information“ angewiesen. Information ist die Grundlage individueller Urteilsbildung und damit notwendige Voraussetzung unserer Freiheit und Mündigkeit.²

¹ Vgl., auch im folgenden, Rudolf Steiner: Theosophie. Einführung in übersinnliche Welterkenntnis und Menschenbestimmung (1904), GA 9, 30. Aufl. Dornach 1978.

² Vgl. Udo Herrmannstorfer: Das Gespenst der öffentlichen Meinung. In: Gegenwart, Nr. 1, 1992, S. 27 ff. Zur Problematik des Medienswesens sei auch auf das Themenheft „Virtuelle Wirklichkeit“ der „Gegenwart“ verwiesen (Nr. 5, 1997).

Es ist nicht schwer einzusehen, daß mit dem Erreichen des Freiheitspunktes Entwicklung sich nicht mehr wie im Selbstlauf vollziehen kann, sondern von der Kraft der einzelnen menschlichen Individualität abhängig wird. Damit ist sie aber prinzipiell gefährdet. Denn Mündigkeit ist kein Zustand, den man ein für alle mal erreicht, sondern eine Aufgabensituation. Vergangenhewärts betrachtet ist Freiheit das Kappen der Bindungen, ist sie „Befreiung“ (mit Nietzsche gesprochen „Freiheit wovon“). Zukunftswärts betrachtet ist sie die Aufgabe, den gewonnenen Gestaltungsraum nun auch auszufüllen, verantwortlich und handlungsfähig aus individueller Einsicht zu werden („Freiheit wozu“). Es ist leicht zu sehen, daß die erste Aufgabe leichter fällt als die zweite, daß bei der zweiten erst die Klippen der Willkür, des Egoismus, der Angst vor dem Alleinverantwortlichwerden umschiffen werden müssen. So betrachtet ist die Bewußtseinsseele nicht nur das selbständigste, sondern auch das problematischste Seelenglied des Menschen.

Während die Empfindungsseele und die Verstandes- und Gemütsseele sich im wesentlichen noch unter dem Einfluß des umhüllenden kulturellen Milieus (Stromkulturen, Antike und Mittelalter) entwickeln, vollzieht sich für die Bewußtseinsseele (in der Neuzeit) nur der erste Schritt ihrer Entwicklung unter dem Einfluß der Schubkräfte der Evolution, der zweite Schritt kommt nur durch einen eigenen Entwicklungsentschluß der Seele zustande: Entwicklung wird Selbstentwicklung.

Die Bewußtseinsseele hat daher notwendig verschiedene Gesichter. Es ist faszinierend zu sehen, wie R. Steiner in seinem Versuch, die Signatur dieser Bewußtseinsseele herauszuarbeiten, in seiner Charakterisierung einmal mehr den einen, einmal mehr den anderen Aspekt akzentuiert, so daß auf den ersten Blick der Eindruck der logischen Inkonsistenz entstehen kann - solange man nicht begreift, daß die scheinbare Widersprüchlichkeit ihr Fundamentum in re hat. Genauer darin, daß sich das in der Bewußtseinsseele selber erfassende Ich eine Art „zweischneidiges Schwert“ darstellt. R. Steiner: „Oh, dieses Ich des Menschen, es ist auf der einen Seite dasjenige in des Menschen Wesenheit, durch das er allein im wahren Sinne des Wortes Mensch sein kann. [...] Wir sind um so mehr Mensch, je voller, je reicher, je umfangreicher dieses unser Ich wird. [...] Das ist die eine Seite des Ich, die uns die Entwicklungsverpflichtung auferlegt, alles zu tun, um es so reich, so vielseitig als möglich zu machen. Aber es gibt auch eine Kehrseite für diesen Fortschritt des Ich zu immer reicherem und vollkommenerem Inhalt. Das ist dasjenige, was wir bezeichnen als Selbstsucht oder Egoismus.“³ Um diese Klippe zu umschiffen, muß das Ich „zur gleichen Zeit eine selbststeigende Wesenheit werden und auf der anderen Seite selbstlos werden“⁴.

In dem Werk „Theosophie“ wird die Bewußtseinsseele als das sich zum Geistigen hinwendende Seelenglied charakterisiert, in dem in der Seele das Ewige aufscheint. An anderer Stelle wird mehr die Distanzgeste der Bewußtseinsseele, das sich Unterscheiden von der Außenwelt betont, das in die Absonderung und Isolation, zum

Verharren in der kritischen Distanz des Zuschauerbewußtseins führen kann (Vortrag Frankfurt, 8.1.1911).

Mit dieser Distanzproblematik ist die Tatsache verbunden, daß die Bewußtseinsseele, obwohl sie die Tendenz der Geistzuwendung in sich hat, zunächst notwendig das geistfernste, „engste“ und „ärmste“ Seelenglied ist. Als Trägerin des Außenweltwissens (Vortrag Berlin, 20.1.1910), als Vermittlerin einer starken Beziehung zur äußeren Welt und ihrer Ergreifung („Naturbeherrschung“) ist sie „konstitutionell“ zum Materialismus und zur „Faktenhuberei“ veranlagt.

In der „Geheimwissenschaft im Umriß“ wird in der Charakterisierung der Bewußtseinsseele stark der Gesichtspunkt der inneren Tätigkeit und des durch diese vermittelten inneren Wissens von sich selbst betont. Da diese Tätigkeit aber eben nicht von außen veranlaßt ist, sondern aus sich selbst schöpft, ist gerade im Zeitalter, in dem diese innere Aktivität, die Beherrschung des Gedankenvorgangs und die Steigerung des Gedankenlebens in Richtung des Imaginativen, gefordert ist, die Gefahr des Abgleitens in einen höchst gescheiterten, aber passiven Gedankenautomatismus besonders stark. Aus Schwellenangst und Ich-Schwäche kommt es dann zum Rückfall in die Masse, in den Konformismus, in „das Man“ (Heidegger).

Eine andere Klippe besteht darin, daß die Freude über die eigene Denkleistung dazu führt, daß die Eigentätigkeit über den Gedankeninhalt gestellt wird. Nicht die Sachhaltigkeit des Urteils steht im Vordergrund, sondern die Tatsache, daß es jeweils mein Urteil ist, was im Wort „Mein-ung“ schon sprachlich zum Ausdruck kommt.

Auf die Informationsfrage bezogen, bedeutet dies, daß wir es immer auch mit Zerrbildern von Information und Kommunikation zu tun haben: Nicht Wesenserfahrung auf dem Weg der Durchdringung des Faktischen mit dem Gedanken, sondern aus Sympathie und Antipathie erwachsende Vorurteile - als Meinungen auftretend - dominieren dann. Über „Vor“-Urteile, die bloßer Standpunktlogik folgen, kann man sich nicht sinnvoll austauschen, man kann aus ihnen nur statistische Querschnitte bilden (was z.B. die Demoskopie auch tut).

Die beiden Gefahren: Steckenbleiben in der bloßen Meinung und Scheitern an der Verantwortlichkeitsproblematik durch Rückfall in den Konformismus durchziehen auch die Sphäre der Information, der veröffentlichten Meinungen, durch welche sich „öffentliche Meinung“ bildet. Wobei sich die Konformität oft hinter einem Scheinpluralismus, dem Vielerlei des Immergleichen verbirgt. Andreas Neider hat diese Neigung, Mehrheitsmeinungen zu adaptieren, durch den Rekurs auf Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ ins Bild gebracht.⁵ Diese Konformismus-Anfälligkeit ist der Angriffspunkt für Fundamentalismen aller Art, auch für den Unterwerfungsanspruch von Expertenurteilen oder Auffassungen des wissenschaftlichen Mainstreams.

⁵ Andreas Neider: Des Kaisers neue Kleider. Das Wesen der öffentlichen Meinung im Zeitalter des Internet. In: Die Drei, Heft 11/1996.

³ GA 58, S. 60 f.

⁴ GA 58, S. 62.

Medienfrage

Gesellschaftlich schwebt die Informationsfrage nicht im luftleeren Raum, sondern stellt sich dar als eine Frage nach den die Information vermittelnden Institutionen (Medien), deren Rolle im gesellschaftlichen Gefüge damit ebenfalls in Frage steht.

Diese Institutionen und ihre technischen Voraussetzungen bilden sich mit weltgeschichtlicher Notwendigkeit in jenem Zeitalter heraus, in dem das Zentrum das Menschen vom Herzen in den Kopf rückt (R. Steiner beschreibt das als ein „Weltengewitter“), dem Zeitalter der Bewußtseinsseele.

Was ist die antike Fama gegen die führende englische Nachrichtenagentur, so fragte schon Karl Marx. Und - so kann man ergänzen - was sind die ersten Nachrichtenagenturen und Presseorgane gegen die heutigen Kommunikationsmedien einschließlich des Internet? Die Bewußtseinsseele muß - aus ihren Konstitutionsbedingungen heraus - den Durchgang durch den Materialismus vollziehen. Wesenskonkret gesprochen, muß sie sich mit den „ahrimanischen“ Mächten auseinandersetzen. Die technische Entwicklung des Informationszeitalters hat dadurch eo ipso ambivalenten Charakter. Es ist daher kein absurder Widerspruch, sondern Ausdruck dieser Ambivalenz, wenn R. Steiner diese technische Entwicklung, die mit der Buchdruckerkunst beginnt, einmal als Schritt der Befreiung, ein anderes Mal als Widerstand gegen das Menschliche charakterisiert. In einem Vortrag zum Gutenberg-Jubiläum preist er Gutenbergs Erfindung als Markstein der Kulturentwicklung und Beitrag zur Befreiung der menschlichen Individualität von Autoritätsglauben und Vormundschaft in den höchsten Tönen.⁶ An einer anderen Stelle charakterisiert er dieselbe Erfindung als das Werk jener geistigen Mächte, die der Entwicklung des Menschen zum freien Geist Hindernisse in den Weg legen wollen.⁷

⁶ Gutenbergs Tat als Markstein der Kulturentwicklung (1900) / Die Druckkunst. Zur Feier des fünfhundertsten Geburtstages ihres Schöpfers (1900). In: GA 31: Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte, 2. Aufl., Dornach 1966, S. 341 ff.

⁷ Diese Aussage steht im Kontext der Darstellung der „übersinnlichen Michael-Schule“, welche an der Spiritualisierung des Intellekts arbeitet, durch die der Kopfmensch wieder Herzensmensch werden kann. Parallel dazu wird die Herausbildung einer ahrimanischen Gegenschule beschrieben. Auf diese Darstellung kann hier nicht näher eingegangen werden. (Vgl. insbesondere den Vortrag vom 20. Juli 1924, GA 240).

Dreigliederung als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele. Geistesleben und Medien im sozialen Organismus

Bewußtseinsseelenentwicklung ist Entwicklung der Erkenntniskraft und Initiative der einzelnen menschlichen Individualität. Diese Entwicklung hat einerseits innere Voraussetzungen und führt zu der Frage nach den Wegen, auf denen der einzelne sich zur Freiheit emporarbeitet. Zugleich führt sie zu der anderen Frage, wie sich die Gesellschaft im Zeitalter der Mündigkeit weiterentwickeln muß, damit sie durchlässig wird für individuell verantwortete Initiative, damit Freiheit - in einer Zeit, in der alle alten, den einzelnen einbindenden und bevormundenden Gemeinschaftsverhältnisse zerbröckeln müssen - zur neuen sozialen Bildekraft werden kann.

Gesellschaftliches Leben kann sich nur noch nähren aus den Kräften der menschlichen Individualitäten. Die Gemeinschaft muß deshalb die Bedingungen dafür schaffen, daß diese Kräfte sich frei entfalten können. „Individualisierung“ bringt notwendig mit sich, daß für alle „geistig-kulturellen“ Fragen Verantwortungs- und Selbstverwaltungsräume entstehen. Mit anderen Worten: „zivilgesellschaftlichen“ Lösungen kommt hier der Primat vor Staatslösungen zu, denn die geistige Kultur kann sich nur in echter Pluralität entwickeln. Es geht nicht mehr darum, Werte für alle verbindlich zu machen, sondern die Kraft des einzelnen zum individuell-werthaftern Handeln zu fördern.

Damit muß sich die Rolle des Staates grundlegend wandeln. Was in den Allgemeinen Menschenrechten grundsätzlich akzeptiert ist, muß auch im Konkreten gelten und durchgesetzt werden: nämlich daß die Gleichheit primär die gleiche Freiheit für jedermann bedeutet, seine Einsichten nicht nur zu bilden und zu verbreiten (Meinungsfreiheit), sondern auch zu leben (Freiheit der Initiative). Vornehmste Aufgabe des Staates ist der Schutz der Freiheit des einzelnen (auch vor dem Staat selbst und der demokratischen Mehrheit). Das heißt zugleich: allgemein-verbindliche Regelungen durch den Staat sind nur da erforderlich und berechtigt, wo alle Mitglieder einer Rechtsgemeinschaft gemeinsam betroffen sind - und deshalb eine Konsensbildung über Mehrheiten erforderlich ist.

Das Zeitalter der Individualisierung ist zugleich dasjenige der Globalisierung, des Zusammenwachsens der Menschheit in einem Netzwerk der Arbeitsteilung und weltweiten Zusammenarbeit. Dadurch entsteht die Aufgabe der sozialen Gestaltung dieses Füreinander-Tätigseins und der Schaffung entsprechender Organe, in denen Wirtschaftspartner soziale Verantwortung leben können. Dies schafft die Bedingungen dafür, daß die „antisozialen Triebe“, die sich aus der Distanzproblematik der Bewußtseinsseele heraus notwendig verstärken, ihr Widerlager und Korrektiv an der Sozialstruktur finden (während wir heute in der „Marktwirtschaft“ den Egoismus geradezu pflegen und nur seine Folgen konkurrenzhaft auszugleichen versuchen). Nach dieser Seite hin betrachtet, käme dem Staat die Aufgabe zu, Rechtsformen zu schaffen, die den wirtschaftlichen Interessenausgleich und die Zusammenarbeit fördern, statt zu behin-

dern (z.B. im Eigentums- und Geldrecht).

Was „Dreigliederung des sozialen Organismus“ genannt wird, ist nur ein Terminus technicus für diese notwendigen Umgestaltungen der sozialen Verhältnisse. Wir haben eine solche Perestrojka bisher nicht konsequent vollzogen, weshalb wir immer noch dazu neigen, die Gesetze der alten Gemeinschaft - Bevormundung des einzelnen, heute in Form der Mehrheitsvormundschaft und wirtschaftlicher Sachzwänge - zu konservieren.

Pathologien des Geisteslebens und Medien - Die Medien als „vierte Gewalt“

Nun darf man gewiß die Bereiche des Geistes-, Rechts- und Wirtschaftslebens nicht nur institutionell, sondern muß sie vor allem auch funktionell fassen: Auch eine wirtschaftliche Einrichtung hat ein „Geistesleben“ und ein „Rechtsleben“, auch eine Kultureinrichtung hat ein Rechts- und Wirtschaftsleben. Die institutionelle Differenzierung ergibt sich erst aus dem Verhältnis, in dem die drei Sphären in der Einzelinstitution zueinander stehen, dieses wiederum aus der Hauptaufgabe, der sich die Institution widmet. Eine Wirtschaftsinstitution ist nicht durch das Fehlen von Rechts- und Geistesleben zu charakterisieren, sondern durch die dienende Rolle, die diese in bezug auf die wirtschaftliche Hauptaufgabe spielen. Diese Vorbemerkung ist nötig, um ein schematisierend-einteilendes Dreigliederungsverständnis von vornherein auszuschließen. Wenn im folgenden die soziale Pathologie der Kultureinrichtungen betrachtet wird, dann immer vor diesem Hintergrund.

Pathologisch ist im Hinblick auf diese Institutionen ihre Fremdbestimmung durch den Staat - und zunehmend mehr auch durch die Wirtschaft, genauer gesagt durch unsere renditeorientierte Wirtschaftsweise. Dies zeigt sich auch im Medienwesen.

Idealtypisch betrachtet, sind Medien dem „Stützbe- reich“ des Geisteslebens zuzuordnen. Geistesleben - institutionell gefaßt - hat einen „Kernbereich“ (freie Forschung, Kunst und Religion), einen „Dienstbereich“ von Forschung, Kunst und Religion, Bildung/Lehre, Heilwesen und Rechtsprechung⁸, und einen „Stützbe- reich“ von Entstehungsstützen (Verlagsanstalten und Zeitschriftenredaktionen), Verbreitungsstützen (Rundfunk, Fernsehen, Buchhandel, Galerien usw.) und Bewahrungsstützen (Museen, Bibliotheken, Archive).⁹

Die Fremdbestimmung an dieser Stelle führt nun dazu, daß eine Verkehrung der Funktion eintritt: Medien (und die in ihnen betätigten geistigen Fähigkeiten der Medienschaffenden) werden zu Stützen des Staates (das Problem des Parteininflusses in den öffentlich-rechtlichen Medien) oder der Wirtschaft. Im letzteren Fall werden die Inhalte immer mehr zu bloßen Umsatzträgern, die Sender schaffen durch sie ein Umfeld für die

Werbung, von der sie ökonomisch abhängen (dies ist vor allen Dingen ein Problem der „Privaten“). Öffentliche Meinung wird so zum Feld der Behinderung des Neuen bzw. zum Absatzmarkt von Sensationen unter dem Gesichtspunkt der Auflage und der Einschaltquote. Während das öffentlich relevante gesellschaftlich Neue in die Privatecke abgedrängt wird, wird das Privateste im Zuge der mit der Infantilisierung der „Erlebnisgesellschaft“ einhergehenden Outing-Manie zur öffentlichen, in Talk-Shows und Boulevardpresse abzuhandelnden Angelegenheit.

Unter diesen Bedingungen spielen die Medien eine ambivalente Rolle. Zwar sind Pressefreiheit und gesellschaftlicher Fortschritt zwei Seiten der gleichen Sache. Medien spielen auch heute - trotz aller Deformationen - eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung individueller Urteilsbildung und der Verhinderung unkontrollierter Machtausübung. Zugleich ist Pressefreiheit oft genug zur Freiheit weniger reicher Leute entartet, ihre Meinungen zu verbreiten (Paul Sethe) und damit durch veröffentlichte Meinung öffentliche Meinung zu machen.

Öffentliche Meinung

1962 konstatierte Jürgen Habermas einen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ und vertrat die Ansicht, öffentliche Meinung werde mehr und mehr von privilegierten Privatinteressen und von der öffentlichen Gewalt „inszeniert“ und „manipuliert“, sie entstehe nicht mehr aus unabhängiger kritischer Diskussion und habe damit ihre demokratische Legitimation verloren. Dieser Strukturwandel hat sich seither noch verstärkt. Man wird aber in der Analyse noch weitergehen und sich darüber klar werden müssen, daß der Begriff der „öffentlichen Meinung“ selbst im Sinne eines gesellschaftlichen Konsenses in einer sich mehr und mehr differenzierenden und dissoziierenden Gesellschaftsform zutiefst problematisch geworden ist.¹⁰

Unter alten Kulturverhältnissen ergab sich „Konsens“ als Volksstimmung, die aus dem Unterbewußten aufstieg. Herausragende Persönlichkeiten, die an der Spitze der Gemeinwesen standen, handelten im Sinne des Ganzen. Ihnen zu folgen, wurde als ein Stück eigener Identität erlebt. In der Demokratie, die unter dem Zeichen der Mündigkeit antritt, wird alles vom Urteil des Bürgers abhängig. An die Stelle herausragender Persönlichkeiten tritt weitgehend die Mehrheit, der Kampf um die Mehrheit aber ist zugleich immer der Kampf um die Gewinnung der öffentlichen Meinung. Damit gewinnen die Institutionen, von denen diese Meinung abhängig ist, spätestens mit der massenhaften Verbreitung des technischen Mediums „Fernsehen“ den Status einer „vierten Gewalt im Staate“, gegen welche das Beste nicht durchsetzbar, mit der das Schlechteste realisierbar ist.

Daher fürchten Politiker, führende Unternehmer und Experten, die im Grunde nur sich selbst für urteilsfähig halten, die Labilität der öffentlichen Meinung und versu-

⁸ Diese Zuordnung ergibt sich aus dem Individualisierungsbedarf der Gesetze in der Rechtsprechung, kann hier aber nicht weiter abgeleitet werden.

⁹ Vgl. Heinz Kloss, Die Selbstverwaltung des Geisteslebens. Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm. Band 5. Frankfurt 1981, S. 10 - 13.

¹⁰ Vgl. im folgenden wieder Udo Herrmannstorfer: Das Gespenst der öffentlichen Meinung. A.a.O.

chen immer wieder, wesentliche Informationen nicht zum Gegenstand der öffentlichen Debatte werden zu lassen. Wo dieses nicht gelingt oder nicht als opportun erscheint, versuchen sie, öffentliche Meinung massiv zu beeinflussen. So werden die Medien zur Bühne eines permanenten Schaukampfes, bei dem mit Ausnutzung der Meinungsforschung der Andersdenkende missioniert, der Naive durch populistische Manöver manipuliert wird.

Daß Manipulierbarkeit ein Problem der Moderne darstellt, erscheint nur auf den ersten Blick paradox. Wo instinktiv sicheres Empfinden versiegen muß und die denkende Verarbeitung der äußeren Informationen notwendig wird, entsteht zunächst eben auch Abhängigkeit von solcher äußeren Information.

Durch die Medien wird die eigene Wahrnehmung als Quelle der Information in einem wachsenden Maße ersetzt. Die transportierten Bilder - durch ihre Selektion, aber auch ihre Art - enthalten aber bereits versteckte Standpunkte, die oft nicht als solche erkannt werden. Wo das eigene Denken passiv bleibt, entsteht das Syndrom des innerlich gleichgeschalteten Medienkonsumenten, der am Tropf der Informationsströme hängt.

Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, daß subtilere Urteile wahrnehmungsartig kaum übermittelbar sind. Die Information verflacht, reduziert sich auf „pro“ und „contra“, wird tendenziell „werbungsförmig“. Das gebannte Verharren im Wahrnehmungszustand vor dem nicht umsonst vom Volksmund „Glötze“ genannten Gerät, macht anfällig für fertige Urteile und kann bis zur Autoritätssüchtigkeit führen.

Die Soziologie hat nachgewiesen, daß die öffentliche Meinung immer nur eine „beschränkte Kanalkapazität“ aufweist: Nicht alles, was wesentlich ist, macht deshalb auch Schlagzeilen. Hinzu kommt, daß das Medium Fernsehen den Bildhunger unserer Zeit, der eigentlich durch bildschaffende Eigenaktivität gestillt werden will, auf eine passivierende Weise befriedigt und dadurch ein modernes „Opium des Volkes“ geworden ist.

Wege aus der Fremdbestimmung

Die Wirkungsweise der öffentlichen Meinung in ihrer jetzigen Form ist für eine moderne Gesellschaft fragwürdig geworden: Denn der Pluralismus dieser Gesellschaft kann sich nicht auf Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit beschränken, sondern wird immer mehr zu einer Vielfalt von selbstverantworteten Handlungsansätzen und Initiativen führen müssen, die keiner Legitimation durch die Mehrheit und damit auch durch die öffentliche Meinung mehr bedürfen. Dies bedeutet tendenziell die Entmachtung der Mehrheit und damit auch der öffentlichen Meinung.

Erforderlich ist ein verändertes Selbstverständnis und Verhalten der Medien: nicht auf die Verbreitung von Meinungen, sondern auf Informationen für die Urteilsbildung des einzelnen kommt es an.

Um ein wirklicher Stützbereich des geistigen Lebens werden zu können, muß die Fremdbestimmung der Medien durch Kommerz und Politik überwunden werden (ein Ziel, das in Deutschland ursprünglich einmal durch

die Form der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten erreicht werden sollte).

Nicht nur die formal-äußere, sondern die innere Pressefreiheit ist zu gewährleisten. Solange die Macht des Eigentums in bezug auf Zeitschriften, Sender usw. nicht generell durch eine neue Eigentumsordnung überwunden ist, muß wenigstens ihr Durchgriff auf die Tätigkeit der Redakteure und Journalisten so weit als möglich verhindert werden.

In der „absichtsvollen“ Bearbeitung öffentlicher Meinung liegt immer schon der Keim zur Manipulation. Diese Manipulation ist jedoch kein unabwendbares Schicksal. Sie funktioniert nur, solange und in dem Maße, wie die Betroffenen mitspielen. Immer wo Medienschaffende und die Medien-„Konsumenten“ den Mut aufbringen, die Rolle des Manipulateurs und des Manipulierten zu verweigern, entsteht neuer Raum für eine Medienarbeit, die Urteilsbildung und damit Freiheit ermöglicht.

PHÄNOMENE, SYMPTOME UND TENDENZEN IN DER HEUTIGEN MEDIENLANDSCHAFT

Klaus B. Harms, Zusammenfassung C. Strawe

In den letzten 20 Jahren sind die Medien, bedingt auch durch Kommerzialisierung, zu einer Art „vierten Gewalt“ im Staat geworden. Diese Aussage sollte nicht als pauschale Medienschelte mißverstanden werden: Es gibt viele Journalisten, die gute Arbeit abliefern, gegen Mißstände anschreiben. Dennoch gibt es bedenkliche Entwicklungen, für die man allerdings nicht nur die Medienschaffenden, sondern genauso das Publikum verantwortlich machen muß (man konnte das am Thema „Der Tod Dianas und die Medien“ gut studieren).

Die Veränderungen in der Medienlandschaft in den letzten Jahren sind gewaltig. Noch Mitte der 80er Jahre gab es nur drei Fernsehprogramme, während wir es heute mit einer Vielzahl öffentlich-rechtlicher Anstalten und privater Sender zu tun haben. So gibt es mittlerweile 200 kommerzielle und 48 öffentlich-rechtliche Radioprogramme. Zu Sendern, Zeitschriften, Agenturen usw. haben sich On-line-Dienste u.a. gesellt; ein Riesenspektrum medialer Dienstleistungen ist entstanden. 18,6 Mio. Haushalte sind verkabelt, der übergroße Teil der restlichen Haushalte verfügt über Satellitenempfang. Vor einem Jahr startete das digitale Fernsehen. 9000 „special interest“-Magazine und 4000 Fachzeitschriften stehen dem Publikum zur Verfügung.

Eine Überfülle an Information, unbegrenzte Kommunikationsmöglichkeiten können wir nutzen. Gleichzeitig aber wächst die Isolation der Menschen. Gefördert wird in der Regel nicht die Fähigkeit zum sozialen Dialog, sondern ein habituell werdendes Singletum. Dazu paßt, daß das ehemals einheitliche Publikum immer mehr in eine Fülle von Teilpublika zersplittert wird. Der Trend geht hin zur Diversifizierung durch Spartenkanäle, Ausbau der special interest Angebote, Formatradios, spezielle Online-Dienste, Popwellen usw. „Audiance polarisation“ ist das

Schlagwort aus den USA für diese Tendenz. Ein weiterer Trend geht in Richtung der Regionalisierung. Hierhin gehören auch Experimente mit dem sogenannten „Ballungsraum-Fernsehen“.

Entwicklungsschub der Informations- und Kommunikationstechnik und die Folgen

In den letzten Jahren hat die Informations- und Kommunikationstechnik („IKK“) einen ungeheuren Entwicklungsschub erhalten. Das optimale Endgerät der Zukunft könnte eine Art eierlegende Wollmilchsaue sein: eine Kombination aus Computer, CD-Player, Fernseher, Radio, Telefon und Fax.

Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik führt zu einem hohen Investitionsbedarf, verlangt ein extensives Marketing und verstärkt damit die Kommerzialisierung und die Vermischung redaktioneller und werbender Elemente. Dabei ist der Medienbereich selbst einer der größten Auftraggeber für Werbung (Auftragsvolumen 1996 2,2 Mrd. DM).

Diese Entwicklungen in Verbindung mit der Globalisierung der Kommunikation fördern die Konzentration: wenige global players wie Kirch, Bertelsmann, Time Warner und Disney bestimmen immer mehr das Geschehen.

Die Staaten verfolgen das Prinzip der medienpolitischen Deregulierung. Der Gesetzgeber gibt allenfalls einen Rahmen vor (durch Landespressegesetze etc.), im wesentlichen wird das Medienwesen aber zu einem Ensemble frei flottierender gesellschaftlicher Kräfte. Nur wo das Grundrecht auf gebührenfreien Empfang von Fußballspielübertragungen in Gefahr gerät, fühlt sich die Politik noch zum Eingreifen herausgefordert.

Die Medienpolitik wird immer mehr zu einem Bestandteil der Technologie- und Standortpolitik, gilt doch der Informations- und Kommunikationssektor als Schlüsselbereich der „Dienstleistungsgesellschaft“ des 21. Jahrhunderts. Ziele wie Bildung, Aufklärung, gesellschaftliche Integration und Information, die noch in den 60er und 70er Jahren im Bewußtsein vieler Medienarbeiter im Vordergrund standen, spielen heute eine nachrangige Rolle.

Der Medienbericht der Bundesregierung verdeutlicht die ökonomische Bedeutung des Mediensektors, der inklusive Unterhaltungselektronik im Jahr 1994 einen Umsatz von 55,4 Mrd. DM erzielte. Daß die technischen Entwicklungen in diesem Sektor ausschließlich positive Beschäftigungseffekte mit sich bringen, ist allerdings eine Illusion, der Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen Rationalisierungseffekte gegenüber.

Insgesamt droht eine Vergrößerung des Bildungs- und Kompetenzgefälles in der Bevölkerung. Denjenigen, die „mentale Dienstleistungen“ (Bildungsangebote auf CD usw.) nutzen, stehen die vielen anderen gegenüber, deren Medienkompetenz mit der medialen Entwicklung nicht Schritt hält, so daß bereits von einem modernen Analphabetentum und der Bedrohung der Kulturtechniken des Lesens und Schreibens durch die audiovisuellen Medien gesprochen wird. Untersuchungen beweisen, daß

von Jahr zu Jahr immer weniger Jugendliche zum Buch greifen.

Umbruch in der Zeitschriftenlandschaft

Ein großer Umbruch vollzieht sich gegenwärtig auf dem Zeitungssektor. Zwar ist die Zeitung auch heute durch andere Medien nicht einfach ersetzbar. Aber die Struktur der Leserschaft ändert sich, Kundentreue zum angestammten Blatt ist immer weniger selbstverständlich. Eine neue Generation von Lesern muß gewonnen werden, wobei Untersuchungen zeigen, daß immer weniger Jugendliche überhaupt Zeitung lesen. So kämpfen die Zeitungen seit einiger Zeit um die junge Generation. Eine große Zahl deutscher Zeitungen wurde einem Face-lifting unterworfen. Dabei setzt man weniger auf neue Inhalte als vielmehr auf Farbe, Schattierungen, Linien, Grafiken, kurz auf das Visuelle. Der Trend geht in Richtung auf kürzere - und damit tendenziell oberflächlichere - Artikel, haben Studien doch ergeben, daß die meisten Leser nach 60 Zeilen aussteigen.

Alle Bemühungen in diese Richtungen haben jedoch bisher nicht zu steigenden Auflagen geführt. Im Gegenteil: die Auflagen bröckeln, und die Werbeeinnahmen gehen zurück. Deshalb ist Sparen die oberste Chefredakteurspflicht. Ein Mittel dazu ist die Umwandlung von Angestelltenverhältnissen in - schlechter bezahlte - freie Mitarbeiterverhältnisse. Ein anderes Sparpotential liegt in der Abschaffung von Korrespondenten, was dazu führt, daß immer mehr „Bauchladen-Korrespondenten“ mehrere Zeitungen bedienen und damit die Gleichförmigkeit der Berichterstattung zunimmt.

Auch wenn es immer noch Verleger gibt, die um der Qualität willen auf Maximalprofite verzichten, insgesamt ist der Niveauverlust unübersehbar: Unterhaltung boomt, für Kulturelles gibt es kaum noch Nischen. Was zählt, sind Marktanteile (die Einschaltquote der Einzelsendung ist demgegenüber nachrangig). „Infotainment“ ist angesagt, das ein „unbeteiligtes Beteiligtsein“ erzeugt (bei Geiseldramen oder der Diana-Tragödie). Die Nachricht wird zur Ware mit immer geringerer Halbwertszeit.

Lingua blablativa

Für viele Menschen ist das Vielerlei der Information zu einem undurchdringlichen Dickicht geworden, in dem Wesentliches und Unwesentliches ununterscheidbar geworden sind. Zugleich ist die Integrität und Qualität der Information nicht besser geworden. Journalistische Tugenden wie akribische Recherche, klarer Ausweis der Quellen, klare Trennung von Kommentar und Nachricht sind im Rückgang begriffen. Die neuen Möglichkeiten der Bildmontage machen die Überprüfung der Quellenintegrität immer schwieriger, die Manipulation immer leichter. „Faction“ ist angesagt - und von „Fiction“ immer schwerer zu unterscheiden. „Themenmanagement“ und „Ereignisinszenierung“ lassen die Grenzen von Fiktion und Wirklichkeit verschwimmen und führen dazu, daß politische Entscheidungen aufgrund einer inszenierten

Wirklichkeit getroffen werden, im Extremfall aufgrund eines „Fake“, einer Geschichte, die nie stattgefunden hat.

Verfälschung, Verzerrung, Zuspitzung, Weglassen werden immer mehr zum Usus, der sich in Wortwendungen der „lingua blabativa“ (N. Luhmann) wie „wohl“, „offenkundig“, „man kann schließen“ verrät, im vermehrten Gebrauch des Konjunktivs, in der Methode der Insinuation, in der Emotionalisierung. Was da mit dem Anspruch, „Fakten, Fakten, Fakten“ zu liefern (Focus-Chefredakteur Helmut Markwort), daherkommt, ist in Wirklichkeit nur zu oft ein schlecht kaschierter, mit Auslassungen operierender Behauptungsjournalismus.

Was tun?

Die Pressefreiheit war einmal ein Instrument der Kontrolle und Zurückdrängung von Macht. Wo Medien zur vierten Gewalt geworden sind, entsteht die Frage, wie die Macht der Medien zurückgedrängt werden kann. Wer kontrolliert die Kontrolleure? Dabei gibt es sowohl das Thema der freiwilligen Selbstkontrolle als auch das Thema der inneren Pressefreiheit. In den 60er und 70er Jahren gab es eine gewisse Bewegung und Begeisterung in den Redaktionen für Mitarbeiterbeteiligungsmodelle u.ä.: Veränderungen werden in dem Maße möglich, in dem sich im Medienwesen tätige Menschen dafür initiativ einsetzen. In Freiburg haben sich kürzlich einige Journalisten zusammengetan und eine eigene Wochenzeitung („Sonntag“) herausgegeben, wie man hört, auf hohem Niveau und mit Erfolg. Daran sieht man: Wo Initiative ist, bewegt sich etwas.

In bezug auf Anthroposophie und Dreigliederung wird man sagen müssen: Sie müssen transparent sein, nach außen offen. Und das heißt: wir müssen medial praktisch tätig werden. Tätig werden dadurch, daß wir auf Medienarbeiter zugehen und das Gespräch suchen. Das „System“ und seine Sachzwänge sind das eine, das andere ist, daß wir es im System mit Menschen zu tun haben, die ansprechbar sind. Mögen sie einstweilen auch Gefangene des Systems sein: Gefangene können ausbrechen! Ein weiteres Thema ist die Medienpädagogik - was könnte z.B. die Waldorfschule hier leisten?

Wo wir selber journalistisch tätig werden, und darum wird es in den nächsten Jahren verstärkt gehen, gilt es, die notwendigen Fähigkeiten zu erüben. Bräuchten wir nicht eine Art „Schreibschule“, durch die wir diese Qualifikationen erwerben können?

DER ZUSTAND DER ANTHROPOSO- PHISCH ORIENTIERTEN PUBLIZISTIK UND DAS PUBLIZISTISCHE ENGAGE- MENT FÜR DIE DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

C. Strawe

Zur Entwicklung des anthroposophischen Pub- likationswesens

Rudolf Steiner als Journalist

Das Wirken als Journalist ist ein bedeutender, aber oft nicht genügend beachteter Bestandteil der Biographie Rudolf Steiners. Man denke nur an die journalistische Arbeit, die er als Redakteur des - wöchentlich erscheinenden - „Magazins für Litteratur“ geleistet hat oder an seine Mitarbeit in der „Deutschen Wochenschrift“, für die er eine Zeitlang regelmäßig z.B. eine Betrachtung über die „Ereignisse der Woche“ schrieb. Im Kontext mit seinem eigenen journalistischen Engagement äußerte er sich auch über das Berufsbild des Journalisten und Kritikers: „Eine allgemein herrschende Ansicht der Gegenwart kann den Begriff des Journalisten nicht von dem der Oberflächlichkeit trennen. Wer möchte dieser Ansicht eine gewisse Berechtigung absprechen? [...] Der Journalist schreibt für den Tag. Wer das tut, muß den Tag verstehen. Aber der Tag, das ‚Heute‘ ist das Ergebnis der ganzen menschlichen Kulturarbeit. Und in der kleinsten Tageserscheinung können Dinge zum Vorschein kommen, die man nur auf der breitesten Basis einer ganz allgemeinen Bildung beurteilen kann. Man stelle sich einen Journalisten vor, der in würdiger Weise aus Anlaß von Helmholtz', du Bois-Reymonds oder Treitschkes Tod schreiben will! Es ist gewiß weniger schwierig, für eine gelehrteste Zeitschrift über das Gehirn der Nagetiere zu schreiben.“¹¹

Die Beiträge, die er für die Zeitschriften „Luzifer-Gnosis“ (1903/1904-1908), „Dreigliederung des sozialen Organismus“ (1919-1922), Das „Goetheanum. Wochenschrift für Anthroposophie und Dreigliederung“ (begründet 1921), „Die Drei - Monatsschrift für Anthroposophie und Dreigliederung“ (begründet 1921) und die von Alexander von Bernus begründete Vierteljahresschrift „Das Reich“ (1916-1920), schrieb, sind nicht nur von allgemein-anthroposophischem Interesse, sondern auch als Beispiele eines erneuerten Journalismus höchst bemerkenswert. (Eine lesenswerte Darstellung des Profils dieser und später erschienener anthroposophischer Zeitschriften gibt das 240 Zeitschriftenporträts enthaltende Buch „Die anthroposophischen Zeitschriften von 1903 - 1985“.)¹²

¹¹ Rudolf Steiner: Zur Problematik des Journalisten und Kritikers anlässlich des Todes von Emil Schiff am 23. Januar 1899. In: Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte 1887 - 1901. GA 31, Dornach 1966, S. 319 f.

¹² Götz Deimann (Hg.), Norbert Deuchert, Christoph Lindenberg, Jan Pohl und Mario Zadow: Die anthroposophischen Zeitschriften von 1903 bis 1985. Bibliographie und Lebensbilder, Stuttgart 1987.

Von besonderem Interesse für uns ist die Zeitschrift „Dreigliederung des sozialen Organismus“, die im großen Zeitungsformat (allerdings mit kleinem Umfang von 4, später 6 Seiten) im Kontext mit der Volksbewegung für Dreigliederung erschien und sich an eine breite Öffentlichkeit wandte. Die Startauflage am 8. Juli 1919 betrug 20.000 Exemplare, die Auflage stieg zeitweilig auf 40.000 und betrug im Frühjahr 1921 noch ca. 10.000 Exemplare.

Es ist bewundernswert, wie es damals gelang - unter schwierigen Bedingungen und mit knappen finanziellen Mitteln und personellen Möglichkeiten -, wöchentlich eine solche, nah am Zeitgeschehen sich bewegende Zeitung herauszubringen.¹³ Diese Wochenschrift sollte, so Rudolf Steiner, „wie wir alle ersehnen, in einer absehbaren Zeit zu einer Tageszeitung werden“.¹⁴

Er betont übrigens in der Ansprache, der das Zitat entnommen ist, die Notwendigkeit, daß die Zeitschrift in „vollständiger Selbständigkeit“ neben dem Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus stehen müsse: „Beide Dinge (die Redaktion der Zeitschrift und die Geschäftsführung des Bundes, CS) werden also in der Zukunft parallel nebeneinanderlaufende Organisationen sein, und nur kollegialisch zusammenwirken müssen.“¹⁵

Auch die Wochenschrift „Das Goetheanum“ war unter R. Steiners Ägide permanent bemüht, nah am Zeitgeschehen zu operieren und sich in die öffentliche Debatte einzumischen.

Die heutige anthroposophische Zeitschriftenlandschaft

Durch das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft durch den Nationalsozialismus kam die journalistische Arbeit in Mitteleuropa weitgehend zum Erliegen. Nach 1945 entwickelte sich dann wieder ein vielfältiges und buntes Zeitschriftenwesen. Neben den „offiziellen“ Organen wie „Das Goetheanum“, „Die Drei“ und „Die Christengemeinschaft“ erschien ab 1946 die von Herbert Hillringhaus redigierte Zeitschrift „Die Kommenden“, die sich besonders auch die Kommentierung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitgeschehens zur Aufgabe machte - und heute den Titel „Novalis“ trägt. 1976 erschien erstmals die Zeitschrift „Info 3“, die heute die wohl auflagenstärkste Publikation darstellt, sieht man von den vierteljährlich gratis verteilten Weleda-Nachrichten (mit einer Auflage von etlichen Hunderttausend ab).

Es kann hier nicht im entferntesten der Versuch gemacht werden, die Hunderte von Zeitschriften zu porträtieren, darunter auch die Spartenzeitschriften der medizinischen, landwirtschaftlichen, pädagogischen Bewegung usw., zu der sich noch eine Vielzahl von Publikationsorganen im nicht-deutschsprachigen Raum gesellt. Besonders erwähnenswert, weil eine breitere Öffentlich-

keit erreichend, sind vielleicht noch die gratis verteilten Organe „Trigonal“ Rhein/Main und „Trigonal“ Ruhrgebiet. Auch die Geschichte der Publikationen, die sich der sozialen Frage gewidmet haben, kann hier nicht ausbreitet werden. Hier wäre beispielsweise zu nennen die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift „Die Gegenwart“ mit stark aktueller Ausrichtung, der „jedermensch“, der GLS-„Bankspiegel“ und viele andere - nicht zuletzt natürlich auch unser Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“.

Bestandsaufnahme

Trotz all dieser vielfältigen journalistischen Bemühungen kann der Zustand der anthroposophisch orientierten Publizistik gegenwärtig nicht als befriedigend bezeichnet werden. Im letzten Jahr haben böartige Angriffe auf die Anthroposophie erneut deutlich gemacht, wie unzureichend die Resonanz anthroposophischer Arbeit in der Öffentlichkeit ist. Die Antwort hierauf muß einmal in der Entwicklung einer zeitgemäßen Arbeit anthroposophischer Einrichtungen gegenüber den bestehenden Medien liegen. Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage nach der Weiterentwicklung der anthroposophischen Zeitschriften.

Die Reichweite und journalistische Auslegung dieser Zeitschriften entspricht der Bedeutung und dem Aktivitätsradius der Anthroposophie durchaus nicht. So verfügt ein Blatt wie „Esotera“ über eine Auflage von ca. 70.000 Exemplaren, während die größten anthroposophischen Zeitschriften (von frei verteilten Blättern abgesehen) bei etwa 13.000 Exemplaren liegen. Selbst wenn man bedenkt, daß viele Leser nur eine dieser Zeitschriften beziehen, dürfte der Personenkreis, der sie kauft oder abonniert, bei einer Zahl von unter 35.000 liegen. Die Zersplitterung überfordert die Leser, vor allem deswegen, weil die Profile der einzelnen Zeitschriften sich oft zu wenig unterscheiden. Dieser Zustand kann und darf nicht durch eine Vereinheitlichung „von oben“ beseitigt werden, wirft aber Fragen nach der Zusammenarbeit und der Schärfung der Profile auf.

Die Bewegung für Anthroposophie und Dreigliederung des sozialen Organismus verfügt also weder über nennenswertes positives Echo in den bestehenden Medien noch über eigene Foren, die zugleich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Folgen zeigen sich an vielen Stellen: Öffentlichkeitsarbeit findet, wenn überhaupt, dann weitgehend nur anhand von Themen statt, die uns zumeist von Gegnern aufgezwungen werden. Mit unseren eigenen Ideen und praktischen Arbeitsansätzen können wir uns kaum in die öffentliche Debatte einbringen.

In den eigenen Organen fördert das Tendenzen der Inzucht - sei es in Form von abgehobenem Insiderstil oder einer sich verselbständigenden Kritik-Attitüde in bezug auf innere Probleme der anthroposophischen „Zusammenhänge“. Man muß in dieser oder jener Form zur „Szene“ gehören, wenn man dem etwas abgewinnen soll. Dazu kommt, daß eine Zeitschrift fehlt, die aktuell über das Zeitgeschehen informiert, so daß der anthroposo-

¹³ Zu Beginn des vierten Jahrgangs wurde sie umbenannt in „Anthroposophie - Wochenschrift für ein freies Geistesleben“.

¹⁴ Rudolf Steiner: Ansprache vor sämtlichen Mitgliedern des Hauses Champignystraße 17 bei der Einführung des Herrn Walter Kühne in die Leitung des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus (1. August 1920). In: Beiträge zur Rudolf Steiner Gesamtausgabe, Heft Nr. 40/41, 1994, S. 71 ff., Zitat S. 85.

¹⁵ Ansprache, a.a.O., S. 85.

phisch interessierte Leser auf andere Quellen angewiesen ist (auch die einzige Wochenzeitschrift in der Szene, „Das Goetheanum“, kann dieses schon aufgrund des geringen Umfangs nicht leisten). Dieser Zustand wirkt sich in allen Fragen der Stellung der Anthroposophie in der Gesellschaft aus: Der Rückgang von Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen und Ausbildungen dürfte auch hiermit zusammenhängen.

Abhilfe ist dringend erforderlich. Deshalb habe ich selbst gemeinsam mit dem Redakteur der „Drei“, Theo Stepp, und Klaus B. Harms, der ja über reiche professionell-journalistische Erfahrungen verfügt, im Frühjahr dieses Jahres die Initiative ergriffen und begonnen, an Konzepten für die Entwicklung eines zeitgemäßen anthroposophischen Zeitschriftenwesens zu arbeiten und ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. An unseren Gesprächen war auch Friedhelm Dörmann beteiligt.

Wir haben dabei auf der einen Seite versucht, unabhängig vom Bestehenden das Konzept einer sozusagen idealtypischen in der Öffentlichkeit stehenden Wochenzeitung zu erarbeiten. (Eine Wochenzeitung scheint uns am ehesten die notwendige Aktualität und Nähe zum Zeitgeschehen zu gewährleisten, vorausgesetzt, man sieht eine Tageszeitung gegenwärtig als nicht realisierbar an.) Diese Arbeit haben wir bis zur Erstellung einer Nullnummer vorangetrieben. Parallel dazu haben wir Gespräche mit Redaktionen anthroposophischer Zeitschriften geführt (Novalis, Info 3, Goetheanum, Die Gegenwart), um zu ermitteln, wieweit es möglich ist, Bestehendes zu bündeln bzw. an ihm anzuschließen.

Dies war schon deshalb nötig, weil eine Wochenzeitung eine aufwendige personelle Ausstattung verlangt, mit der ein erheblicher Finanzbedarf verbunden ist. Auch werfen die Plazierung am Markt und der Vertrieb eine Reihe komplizierter Fragen auf, ebenso die Frage nach einer angemessenen, redaktionelle Unabhängigkeit und unternehmerische Freiheit gewährleistenden Unternehmensform. Es wurde schließlich klar, daß die Zeit für das Entstehen einer solchen neuen Wochenzeitung noch nicht reif ist. Genauso klar wurde aber, daß es notwendig ist, durch konkrete Schritte darauf hinzuarbeiten, damit ein solches Organ in dieser oder jener Form in Zukunft entstehen kann.

Profil, Bedarfsgruppen, Themen, Duktus

Bei der Arbeit an dem Projekt haben sich uns die folgenden Gesichtspunkte für die Weiterentwicklung des anthroposophischen Publikationswesens ergeben:

Es kann nicht um das Geltendmachen eines journalistischen Sonderinteresses gehen, sondern nur um einen spezifischen Beitrag zur Therapie des sozialen Organismus in einem speziellen Organbereich, dem der Medien. So wichtig es ist, die herrschenden Trends zu ignorieren, so falsch wäre es, ihnen schlicht zu folgen. Wir brauchen eine professionelle und interessante Blattmacher - Kritischer Journalismus und anthroposophisches Engagement sind kein Widerspruch! -, wobei wir uns aber nicht scheuen dürfen, gegen den Strom zu schwimmen. Wir sollten nicht für eine Öffentlichkeit „außerhalb“ schreiben, son-

dern uns schreibend in einer Öffentlichkeit positionieren, deren Bestandteil wir schließlich sind. Es geht nicht um Belehrung oder Missionierung, sondern um das Aufgreifen der wesentlichen Fragen mit den Erkenntnismitteln der Anthroposophie (wozu auch das Hinhören auf die Fragen und Ansätze anderer gehört). In diesem Sinne müssen Beiträge „authentisch“ und durch die Autoren „gedeckt“ sein.

Journalismus im Sinne des anthroposophischen Sozialimpulses muß sich an „unabhängige Geister“ wenden, d.h. an Menschen, die einen eigenen Entwicklungsimpuls haben und wachen Anteil an den Fragen der Zeit nehmen, also selber urteilen wollen, weder mit bloßer Unterhaltung noch mit fertigen Urteilen abgespeist werden wollen. Solche Leser finden sich in vielen gesellschaftlichen „Lagern“, natürlich nicht zuletzt auch in der anthroposophischen „Szene“. Die Instrumente der klassischen „Zielgruppen“-Analyse¹⁶ dürften unter diesen Bedingungen nur begrenzt anwendbar sein bzw. müssen modifiziert werden.

Der Medienkonsument wird heute mit einer Fülle atomistischer Einzelfakten und Bildern gefüttert, die das Interesse und die Aufmerksamkeit eher zersplittern. Heute in den Schlagzeilen, morgen aus den Schlagzeilen - und „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Demgegenüber wäre als heilsamer Ausgleich eine Art der Information nötig, die das Interesse verstetigt, die Verfolgung von Linien im Zeitgeschehen ermöglicht, eine Art tableauartigen Überblick über dieses Geschehen ermöglicht, wobei aus der Fülle des Einzelnen der Blick auf das Symptomatische gelenkt wird. Dies allerdings, ohne dem Leser die eigene Deutung abnehmen zu können oder zu wollen. Die Deutung des Geschehens durch Autoren muß klar als deren Urteil - das als solches nur Anregung für den Leser sein kann - erkennbar bleiben. Die klassische Trennung von Kommentar und Nachricht ist nicht schlechthin „ideologisch“, auch wenn sie die Frage nach der latenten Kommentierung durch die Nachrichtenselektion nicht löst. Eher wäre das richtige Verhältnis wohl als das zwischen Bildgestaltung (der die Nachricht dient) und Urteilsbildung - die den Leser zur eigenen Urteilsbildung anregen kann - zu beschreiben. Aus der Fülle der Einzelnachrichten Symptomatisches zu filtern - und die Gesichtspunkte dafür offenzulegen -, wäre eine Dienstleistung für den Leser, die in dieser Form von den bestehenden Zeitschriften noch nicht erbracht wird. Natürlich wird man auch differenzieren müssen zwischen Überblick und vertiefter Berichterstattung, auch durch Reportagen.

Leitfragen wären stets: Was brauchen Leser, um sich ein Urteil über die Fragen der Zeit zu bilden? Was wünschen urteilsfähige Leser, worauf sind sie neugierig?

Aus solchen Gesichtspunkten ergeben sich dann mancherlei Konsequenzen für Rubriken, journalistische Formen, die Arbeit mit Autoren usw.

¹⁶ Vgl. Winfried Ruf: Das 3x3-Verfahren zur Entwicklung von Verlagsobjekten, Mering 1991.

Projekt „Neue Wege in der anthroposophischen Publizistik“

Ein realistischer Weg zur Verbesserung der Situation besteht darin, im Rahmen bestehender Zeitschriften neue Wege der Publizistik zu erproben und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen konkret zu entwickeln, mit der Perspektive einer möglichen Konvergenz, die dann zu einem Aufgehen in einem gemeinsamen Zeitungsprojekt führen könnte, falls die Beteiligten dies für richtig ansehen.

Eine solche Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Projekts „Neue Wege in der anthroposophischen Publizistik“ ließ sich zunächst zwischen den Redaktionen der Zeitschrift „Das Goetheanum“ und „die Drei“ verabreden. Diese Projektarbeit wird u.a. auch dazu führen, daß Klaus B. Harms und ich ab 1. Januar 1998 im Redaktionskollegium der „Drei“ mitwirken können, deren Autoren wir ja schon seit längerem sind. Dort werden wir neue Wege des Journalismus erproben können. Gleichzeitig werden wir eine „Konvergenzarbeit“ gemeinsam mit dem „Goetheanum“ beginnen.

Die unverzichtbare Rolle des Rundbriefs „Dreigliederung des sozialen Organismus“

Durch diese Arbeit wird der Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“ keineswegs überflüssig, im Gegenteil: er gewinnt noch größere Bedeutung. Denn gerade, wenn wir versuchen, einen Schreibstil für eine größere Öffentlichkeit zu entwickeln, wird es ein Organ geben müssen, wo die notwendige Verständigung über Fragen der sozialen Erneuerung unter den auf diesem Felde tätigen Menschen so gepflegt werden kann, daß bereits ein bestimmter Verständnishorizont vorausgesetzt werden darf. Diese vertiefte Behandlung des Themas „Dreigliederung“ ist durch nichts ersetzbar. Durch sie muß sich immer wieder die Substanz bilden, aus der heraus wir in einer weiteren Öffentlichkeit tätig werden können. In diesem Sinne erbitte ich von Ihnen weiterhin die Unterstützung für den Rundbrief und die „Initiative Netzwerk“, auch in finanzieller Hinsicht. Denn ohne diese Unterstützung wäre auch das geschilderte neue Projekt zum Scheitern verurteilt, für das ich mir wünsche, daß Sie es ebenfalls begleiten und stützen.

Die Amtsstube als moderner Mysterienort

Praxisbericht über die Reform der kommunalen Dienstleistungsverwaltung

Wilhelm Neurohr

Die an allen Orten laufenden Reformprozesse in den Kommunalverwaltungen und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben erweisen sich als zeitgemäßer Schulungsweg und notwendiger Wandlungsprozeß für die beteiligten Menschen, wie dieser Praxisbericht verdeutlichen will. Im Rundbrief 1/1997 hat Christoph Strawe ausführlich die Zukunftsfragen der Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene abgehandelt, als Zusammenfassung des Seminars in Bad Vilbel „Neue Wege der Kommunalentwicklung - Der Bürger als Partner?“. Im Zentrum der Betrachtungen standen die Art und Weise und der Umfang der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in Selbstverwaltung - bis hin zu Fragen der Qualitätssicherung - ausgehend von einem neuen Verständnis kommunaler und staatlicher Verwaltung. Daran anknüpfend soll dieser Beitrag den inneren und zwischenmenschlichen Aspekt des Reformprozesses schildern und beleuchten, der die betroffenen Menschen in den Verwaltungen in eine Schwellensituation mit großen Herausforderungen hineingeraten läßt. Sich in diese Prozesse tätig einzubringen, sofern man selber darin eingebunden ist, erweist sich auch als Aufgabe und Herausforderung für Anthroposophen und Dreigliederer, die ihr Betätigungsfeld nicht nur in den „eigenen“ Einrichtungen mit ihrem Inselcharakter sehen, sondern im öffentlichen Leben. Der Autor ist als Personalratsvorsitzender in einer großen Kreisverwaltung im Ruhrgebiet, die mit 1.300 Beschäftigten für 670.000 Bürger in 10 großen Städten zwischen 30.000 und 130.000 Einwohnern zuständig ist, maßgeblich an den dortigen Umgestaltungsprozessen beteiligt und seit 3 Jahren in den dafür eingerichteten Lenkungs- und Projektgruppen sowie Arbeitskreisen tätig. Zuvor war er Abteilungsleiter im Amt für Planung und Naturschutz und kann auf 23 Jahre Verwaltungserfahrung zurückblicken. Er ist Mitglied im Arbeitskreis für soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet e.V.

Abschied von alten Strukturen - Neue Herausforderungen

„Wer Neues schaffen will, der muß gelassen des Alten Untergang erleben können. Ich will in Zukunft so das Werk nicht führen, wie es bisher den Weg genommen hat“, so spricht Hilarius im ersten Bild des vierten Mysteriendramas von Rudolf Steiner („Der Seelen Erwachen“).

Was der momentane Umbruch der „unteren staatlichen Verwaltungsbehörden“ auf kommunaler Ebene für die betroffenen und beteiligten Menschen, die in diesen Dienstleistungsbetrieben (mit engem Kontakt zum Bürger) arbeiten, an Bewußtseinswandel und innovativen Veränderungen sowie an Lernprozessen, Herausforderungen und Konfliktbewältigungen bedeutet, kann für Au-

Benstehende hier nur angedeutet werden.

Routiniertes Verwalten und Arbeiten in eingefahrenen Dienstwegen, nach Regelungswerken und mit abgesicherten Perspektiven und Positionen, Rangordnungen und öffentlichen Aufgabenstellungen ist quasi über Nacht hinfällig. Eine völlig neue Orientierung, Gestaltung und Ausrichtung des dienstlichen Alltags, der Arbeitsabläufe und der sozialen Stellung sowie der kompletten Aufgabengestaltung wird abverlangt. Individuelle Initiativen, eigene Kreativität, neue Formen der Zusammenarbeit sowie Übernahme von Verantwortung sind gefragt in einem System, dessen Strukturen im Nachklang des ägyptischen und preußischen Beamtenstaates noch vom überkommenen Befehls-Gehorsams-Prinzip geprägt waren und jetzt plötzlich den modernen Anforderungen der sogenannten „Dienstleistungsgesellschaft“ an der Jahrtausendschwelle, inmitten einer krisenerschütterten Zeit gerecht werden soll - im Dienste der Öffentlichkeit, im Dienst am Bürger und für das Gemeinwesen.

Die Mängel und Defizite, die mangelnde Zukunftstauglichkeit der alten Verwaltungsstrukturen und Arbeitsweisen wurden immer offenkundiger. „Es zeigt mir mancher Vorfall jetzt ganz deutlich, daß unsre Arbeit mehr und mehr verfällt und daß wir nicht mehr leisten, was wir sollen. Es mehren sich die Stimmen, die beklagen, wie unsere Leistung sich an Wert vermindert“, so drückt der Bürochef im vierten Mysteriendrama seine Sorge aus.

Was aus der Vergangenheit herrührt, muß in Zukunftstragendes verwandelt und stets neu in Frage gestellt werden. Nahezu alle alten Strukturen werden verändert, und mit ihnen ist die Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit der beteiligten Menschen unausweichlich, die sich, losgelöst vom Ressortdenken und vom Zusammengehörigkeitsgefühl in Berufsgruppen und Ämtern, nun zu neuen Formen der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Bereichen aufschwingen müssen.

Im Tagesgeschehen der reformbedürftigen Verwaltungen sind Lernen und Arbeiten für die Beschäftigten nicht mehr trennbar: „Learning by doing“ heißt die Devise. Plötzlich steht nicht mehr die Akte, der Fall oder der Vorgang, sondern der Mensch im Mittelpunkt. Nicht mehr nur Fachwissen, sondern immer mehr Sozialkompetenz und Gesprächsfähigkeit sind vonnöten.

Gefordert sind Persönlichkeitsentwicklung und aktive Schicksalsgestaltung, erlebbar sind karmische Begegnungen und Auseinandersetzungen.

Spürbar werden Schwellenerlebnisse, wenn es um den Verlust beruflicher, materieller und kollektiver Sicherheiten, hierarchischer Strukturen, alter Werte und gesellschaftlicher Wertschätzung geht.

Täglich gibt es Anlaß, das eigene Tun und Handeln, den Sinn, Nutzen und Stellenwert der eigenen Arbeit und deren Qualität (auch im gesellschaftlichen Kontext) in Frage zu stellen - und damit auch sich selber ...

„Wer soll in Zukunft eure Leistung schätzen und wer Verständnis euch so weit bezeugen, daß er Gebrauch von eurer Arbeit macht?“ fragt der Bürochef im oben erwähnten Mysteriendrama. Mit dem Wandel und dem Infragestellen der äußeren Arbeit beginnt der Persönlichkeits-

wandel durch die innere Arbeit und die Spiegelung an den äußeren Erfordernissen.

Der Arbeitsplatz im Büro wird so zum Schicksalschauplatz und die dortigen Menschenbegegnungen im gemeinsamen Lernen und Arbeiten und sozialen Üben werden schicksalsprägend und weltgestaltend.

„Welch edle Form die Arbeit finden kann, wenn Geistesmenschen ihr die Prägung geben“. (Hilarius im eingangs genannten Mysteriendrama). Bis dahin ist noch ein weiter Weg für die Menschen an den schrumpfenden und verrufenen Arbeitsplätzen in den Reformverwaltungen, die einen Weg in eine ungewisse Zukunft mit noch klärungsbedürftigen Zielen beschreiten und sich von der Gefahr des Scheiterns und der scheinbaren Aussichtslosigkeit nicht schrecken lassen. Der Anfang ist gemacht, die Wege als Versuchswege sind beschritten worden, die ersten Schritte sind erfolgt, ein Zurück zum alten Zustand gibt es nicht mehr. Das Besitzstandsdenken ist hinfällig. „Was ihr besitzt, es wird verschlungen sein, wenn euer Werk den Anfang erst genommen“, so wiederum der Bürochef im Gespräch mit Hilarius.

Hinwendung zu einer menschengemäßen Organisationsentwicklung - Betroffene zu Beteiligten machen

„Zunehmend wurde erkannt, daß Menschen nicht nur Kostenfaktoren, sondern lebende Teile der Verwaltung sind, von deren Befähigung und Engagement die Leistungsfähigkeit des Systems stärker als von irgendeinem anderen Produktionsfaktor abhängt.“ Zu dieser lobenswerten Erkenntnis ist ausgerechnet die KGST, die „kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“ gelangt, der alle Kommunalverwaltungen angeschlossen sind und die bisher eher eine Art Normenkommission für die Verwaltungen darstellte. Deren bekannteste Leistung bestand in der Vergangenheit vor allem darin, einen landeseinheitlichen und für alle Verwaltungen gültigen hierarchischen Verwaltungsaufbau mit einheitlicher und vergleichbarer Organisationsgliederung und bürokratischer Geschäftsverteilung sowie einheitliche Bewertungskriterien für alle Beamtenstellen usw. vorzugeben. Prägte die KGST also maßgeblich die alten Strukturen, machte sie sich in jüngster Zeit zum Vorreiter der neuen Verwaltungsstrukturen, die sich zwar immer noch etwas, aber immer weniger ähneln.

Jede Verwaltung versucht, den Reformmodellen ihre eigene Prägung zu geben. Anders ist eine menschengerechte Organisationsentwicklung auch nicht denkbar und funktionsfähig, als daß die Organisation den jeweils beteiligten Menschen und den unterschiedlichen Verhältnissen gerecht wird und sich immer wieder verändert und anpaßt. Das Mittun aller Beteiligten ist gefragt nach dem Motto: „Betroffene zu Beteiligten machen.“ Jeder Beitrag muß sich zu einem Ganzen fügen.

Die Betroffenen zum Mittun zu begeistern und für die Reformvorhaben zu gewinnen, erscheint am Anfang als das Schwierigste. „Es leuchtet mir wohl ein, daß meine Pläne als unvollkommen sich erweisen müssen, wenn nicht Verständnis erst geschaffen würde für diese neue

Art und Arbeitsweise“, erkennt Hilarius. Zuvor nicht gekannte Informationsveranstaltungen und einführende Seminare für die gesamte Mitarbeiterschaft standen in fast allen Verwaltungen am Beginn der beabsichtigten Reformprozesse. Gewaltige Skepsis schlug den Reformplänen entgegen, hochtrabende Pläne und Visionen waren mit nüchternem Realitätssinn konfrontiert. Sich in die neue Denkungsart hineinzusetzen, fiel den meisten schwer.

Eine gemeinsame Zieldiskussion, anknüpfend an die vorhandenen Strukturen und vorausgegangene Mängelanalysen, erwies sich zumeist als ein sehr hilfreicher Anstoß zur Bewußtseinsveränderung, stieß man hierbei doch an die grundlegenden Fragen der Zukunftsorientierung der eigenen Arbeit und berührte den zu überprüfenden Daseinszweck der Verwaltungen mit ihrem Aufgabenspektrum im Abgleich mit den (vermuteten und abgefragten) Wünschen und Bedürfnissen der Bürger, denen die Verwaltungsorganisation gerecht werden soll. „Was wollen wir eigentlich?“ lautet die Frage.

Nicht alles ist verwerflich, was in den Verwaltungen alten Zuschnitts geordnet war und geleistet wurde. „Es kann der Plan uns doch nur dann gelingen, wenn altbewährte Lebenskunst den Bund mit Zukunftszielen weise schließen mag“, so erkennt im Mysteriendrama auch Strader im Gespräch mit dem Bürochef und Hilarius.

Der Abbau oder zumindest die sogenannte „Abflachung“ von Hierarchien in Verbindung mit der Delegation von Verantwortung erweist sich in manchen Verwaltungen als der „schwierigste Brocken“. Manche behelfen sich mit einem Etikettenschwindel, indem bisherige Ämter und Dezernate in „Fachbereiche“ und die Leiter in „Bereichsleiter“ umgetauft werden, andere bemühen sich ernsthaft um Strukturen, in denen Team- und Projektarbeit sowie die Mündigkeit der Mitarbeiter gefördert werden. Andere mühen sich mit dem falsch verstandenen Begriff eines überkommenen „Wir-Gefühls“ ab, das die oftmals hinzugezogenen Unternehmensberater für die gemeinsame Identität empfehlen.

Gar mancher zweifelt am Gelingen und empfindet die intensiven verwaltungsinternen Diskussions- und Beteiligungsprozesse als übertriebene „Selbstbeschäftigung“, die nicht unmittelbar den Bürgern zugute komme. „So werdet ihr den kleinen Kreis beglücken, der fern vom Weltensein für sich nur lebt. Ihr schließt euch ab vom wahren Menschenleben“, kritisiert auch der Bürochef im Mysteriendrama.

Doch das redliche Bemühen der mitwirkenden Menschen um die Neugestaltung und Verbesserung ihrer internen und nach außen später wirksamen Organisations- und Dienstleistungsstrukturen, im öffentlichen Auftrag für das Gemeinwesen mit Menschen sich zur Arbeit zu verbinden, darf nicht gering geschätzt werden. „Es mag mißlingen, was mir wertvoll scheint; doch wenn alle Welt es nur verachtet und es deshalb in sich zerfallen muß, so war es doch einmal von Menschenseelen als Vorbild auf der Erde hingestellt“, antwortet Hilarius dem Bürochef.

Das gemeinsame Bemühen und Ringen der dabei lernenden und schaffenden Menschen reicht über Erfolg

oder Mißerfolg hinaus und kann nicht allein am Effizienzdenken gemessen werden, das andererseits zu recht in den Verwaltungen endlich Einzug hält. Die Produkte, Dienstleistungen oder Arbeitsergebnisse geben Anhaltspunkte für das Wie der Organisation auch nach betriebswirtschaftlicher Denkweise. Dieses ist trotz aller Kritik an der neuerdings zu starken betriebswirtschaftlichen Orientierung der Kommunalverwaltung nötig, wird aber sicherlich noch vielen notwendigen Korrekturen unterliegen. „Doch wird geschehen, was geschehen muß. Es wird erneute Prüfung meiner Pläne vielleicht die Ansicht wandeln, die ihr euch beim ersten Überdenken bilden müßtet“, mit diesen Worten von Strader endet das erste Bild des vierten Mysteriendramas.

Personalentwicklung und Qualitätssicherung - Der Mensch im Mittelpunkt

Die eigenen Interessen und Zukunftssorgen, die eigene Sicherheit und Absicherung müssen von den beteiligten Menschen im Verlaufe des Reformprozesses oft genug hintangestellt werden. So manche Planstelle muß geopfert werden, so manches liebgewordene Ressort und Aufgabengebiet abgegeben und Beförderungsperspektiven im einstigen hierarchischen Aufstieg aufgegeben werden. Umschulungen und Fortbildungen in großem Umfang werden abverlangt. Und auch der als Mitarbeitervertretung gewählte Personalrat als Mitbestimmungsorgan muß trotz seiner Schlüsselrolle in den Reformprozessen seinen Einfluß abtreten zugunsten der immer stärkeren Direktbeteiligung der Betroffenen: Von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung und Selbstorganisation.

Mitarbeiterzirkel, geschulte Moderatoren und Multiplikatoren kommen zum Einsatz. Einzelkämpfer, die sich der Zusammenarbeit entziehen oder „Widerstandskämpfer“, die sich den Veränderungen entgegenstemmen, weil sie deren Sinn und Notwendigkeit nicht einsehen, haben es zunehmend schwerer. Die anderen müssen sich um so stärker einbringen: „So müssen wohl wir andren unsre Kräfte in höhrem Maße unsrem Werke widmen“ (Maria im zweiten Bild des Mysteriendramas). Doch gerade in den Kritikern stecken oft kreative Potentiale, die vom Destruktiven zum Konstruktiven gewendet werden können. „Zusammenwirken können Menschen nur, die sich begreifend gegenüberstehen“, stellt Capesius im zweiten Bild des vierten Mysteriendramas fest.

Zu wissen, woran und wofür man arbeitet, motiviert und fördert die Zusammenarbeit. Die Förderung und Entwicklung aller beteiligten Menschen ist das erklärte Ziel der Personalentwicklung als zentraler Baustein in dem komplexen Reformgebäude. Das Gelingen des Reformprozesses steht und fällt mit den beteiligten Menschen, deren Fähigkeiten und Qualifikationen, deren Flexibilität und Motivation. Diese wirken sich letztlich auf die Arbeitsqualität und Bürger- oder Kundenfreundlichkeit aus und sind der eigentliche Garant für die angestrebte Qualitätssicherung und -verbesserung.

Dazu gibt es erweiterte Fortbildungsangebote, regelmäßige Mitarbeitergespräche und eine verbesserte Gesprächs- und Streitkultur, Kritikgespräche, einvernehmli-

che Zielvereinbarungen und Absprachen, verbesserte Kommunikations- und Informationsstrukturen, mehr Souveränität bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, Job-Rotation, Team- und Projektarbeit, Nachwuchsförderung und verbesserte Personalauswahlverfahren, um die richtigen und fähigen Personen mit der möglichst maßgeschneiderten Aufgabe auf dem richtigen Platz einzusetzen. Über regelmäßige Mitarbeiterbefragungen erfährt man einiges über Schwachstellen, über das Vorgesetztenverhalten und Motivationshemmnisse, über zwischenmenschliche Konflikte und das Arbeits- und Betriebsklima, über Fortbildungswünsche und Verbesserungsvorschläge.

Mit einem andersartigen Beurteilungswesen und mittels Potentialanalysen werden Stärken und Schwächen der Mitarbeiter sowie Fähigkeitsprofile und Entwicklungsprognosen erstellt, um gezielte Personalförderung für alle, nicht Auslese für wenige betreiben zu können. Tätigkeiten und Aufgabenbereiche werden neu bewertet, um akzeptable Entlohnungsgrundsätze wird gerungen. Durch wechselseitige Beurteilungen auch zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten kommt es zur gegenseitigen Wahrnehmung, zur Korrektur des Selbstbildnisses durch die jeweils anderen Menschen, mit Hilfestellungen, weiter an der eigenen Persönlichkeitsentwicklung zu arbeiten und sein Sozialverhalten zu überprüfen oder Gewohnheiten abzulegen, auf „daß Wandel sich zeige im strebenden Schaffen“ (Astrid im zweiten Bild des Mysteriendramas). Zusammenarbeit heißt auch, sich selber zurückzunehmen und Pflichten zu übernehmen.

Der Reformweg als moderner Einweihungsweg

Der beschriebene Wandlungsprozeß mit täglich neuen Erkenntnissen und Erfahrungen sowie Menschenbegegnungen kann auch leidvoll sein für die eigene Innenwelt. Nicht alles gereicht zum Guten, Zweifelsfragen tauchen allenthalben auf, doch manche Früchte reifen zum Gelingen, trotz Phasen der Ernüchterung und trotz aller Rückschläge in der Verwaltung.

Durchlaufen hat das Reformwerk in der Verwaltung die Fragen nach der Betriebskultur und Ethik, nach den Visionen und Zielen, mithin menschheitliche Fragen. In

Rahmenvereinbarungen mit der Verwaltungsführung haben die Personalräte die Fragen nach der „Sozialverträglichkeit“ der Verwaltungsreformen geklärt, die Rücksichtnahme auf schwächere und kranke Mitarbeiter, den Ausschluß zerstörerischer Konkurrenzprinzipien, die Formen der Zusammenarbeit und Mitarbeiterbeteiligung geregelt. Berührt werden damit auch Fragen der Menschenwürde.

In jeder Verwaltung erhält die Reform so durch die individuellen Beiträge aller Beteiligten ihre eigene Prägung und teilt sich dann so der Außenwelt in der Öffentlichkeit mit. Hier hat sich das Gemeinschaftswerk neuer Kritik und Widerstände oder Ablehnung zu stellen, inmitten der chaotischen sozialen Verhältnisse unserer Zeit.

Was in dem äußeren Wirken erlebbar ist, sind die Wirkungen der geistigen Welt. Durch Menschengedanken und Menschentaten auch in den sich wandelnden Amtsstuben entsteht Neues im Weltenwerden, mit aller Dramatik und allen Verwirrungen, die zum Wesen von Veränderungsprozessen gehören. Die Wandlung und Entwicklung der beteiligten Menschen, die geistig-seelischen Erschütterungen bei allen Anstrengungen, Erlebnissen und Erfahrungen, die an den Arbeitsplätzen in den modernen Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben, in den technisch hochgerüsteten Büros und in den Mitarbeiterbesprechungen zu verzeichnen sind, gehören zum Schulungsweg, der als Anfang eigener Geistes-schulung in den Einweihungsweg münden und die Lebensinhalte verändern kann: Die Amtsstube als Schicksals-schauplatz und moderner Mysterienort, an dem die äußeren Taten in einem anderen Licht erscheinen und aus veränderter Gesinnung entspringen, aus Zukunftsidealen gewoben und an den Realitäten geprüft. Mit begeisterten Willenskräften sinnvoll schöpferisch tätig sein, im Zusammenwirken mit anderen Menschen, ist selbst in den Amtsstuben möglich, denn wozu wären sonst die Menschen an diesen Schicksalsort getrieben?

So spricht Maria im zweiten Bild des vierten Mysteriendramas: „Wer Geistespfade hat beschreiten dürfen, erlebt so mancher Schicksalszeichen Winke. - Er wird auf Seelenwegen ihnen folgen, doch könnten sie nicht recht gedeutet sein, wenn sie die wahren Erdenpflichten stören.“

Die Frage nach einer zeitgemäßen Hochschulreform

Studierende protestieren

Christoph Strawe

Nun gehen sie zu Zehntausenden auf die Straßen, jene Studierenden, von denen viele gemeint haben, sie seien angepaßt und nicht fähig zum gesellschaftlichen Engagement. Mehr als 100 Hochschulen wurden in der ersten Dezemberhälfte bestreikt, auf Vollversammlungen und in Arbeitsgruppen wird die Misere der deutschen Hochschulen diskutiert, werden Forderungen aufgestellt und Handlungsrichtungen bestimmt. Man sucht den Dialog mit den Hochschullehrern, mit der Politik und der Öffentlichkeit. An manchen Orten erinnert die Szene mit ihren Teach-ins, Go-ins und Demonstrationen an die späten 60er Jahre, jene Zeit, als Studierende „unter den Talaren den Muff von 1000 Jahren“ beseitigen wollten, das „Fachidiotentum“ und die Instrumentalisierung der Wissenschaft für antihumane Zwecke aufs Korn nahmen.

Die heutige Uni-Generation steht unter weit massiverem Problemdruck als die Generation der „68er“. 1,8 Millionen Studierende, aber - nach Angaben des Wissenschaftsministeriums - nur 970.000 Studienplätze, das führt zu einem anonymen Massenbetrieb und entsprechendem Frust. Und zunehmende Arbeitslosigkeit macht die berufliche Anwendbarkeit der an der Uni erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse ungewiß. Vordergründig geht es heute zunächst einmal um mehr Geld, z.B. für die darbenenden Bibliotheken, um Studiengebühren und Bafög. Aber den Studierenden geht es um mehr, „es geht ums Ganze“, wie eine von der Vollversammlung der Studierenden der Uni Marburg mit großer Mehrheit verabschiedete Erklärung formuliert. Das Ganze, dazu gehört das Hochschulrahmengesetz, die Frage, wieweit Studium reglementierbar ist, die Mitsprache der Studierenden, die Frage, ob Bildung einen bloßen Standortfaktor oder ein Menschenrecht darstellt. Man betrachtet die Hochschulmisere im Kontext mit dem allgemeinen Sozialabbau und fordert die Senkung des Rüstungshaushalts zugunsten der Bildung.

Vor 10 Jahren ging schon einmal eine studentische Demonstrationswelle durchs Land, drückten Studierende aus, was sie damals „Un(i)-Mut“ nannten. Damals reagierte die Politik mit Finanzspritzen in beträchtlicher Höhe (Hochschulsonderprogramme). Heute gibt es neben guten Worten nur eine Beruhigungsspielle in Höhe von gerade einmal 40 Mio. DM für die Bibliotheken. Daß das nicht die Lösung sein kann, ist offensichtlich.

Wie aber kann diese Lösung aussehen? Welche Wege müssen gegangen werden, um ein zeitgemäßes Hochschulwesen zu verwirklichen? Wie sind die Forderungen und Konzepte der Politik einerseits, die der Studierenden andererseits einzuschätzen?

Wenn es ums Ganze geht, dann reicht es nicht, an Symptomen herumzukurieren. Die Krankheit, an der die Hochschulen leiden, muß richtig diagnostiziert werden, um zu einer sinnvollen Therapie zu kommen.

Bis vor einiger Zeit galt der Satz des allgemeinen preußischen Landrechts von 1794, Schulen und Universitäten seien Veranstaltungen des Staates, als der Weisheit letzter Schluß. Nur wenige übten Kritik am Konzept des „staatlich bewirtschafteten Geistes“ (Konrad Schily). Kaum jemandem - am wenigsten den Hochschullehrern - kam es in den Sinn, daß sich der Beamtenstatus der Lehrenden vielleicht mit formaler Lehrfreiheit, kaum aber mit dem nötigen „Lehrfreimut“ (R. Steiner), daß sich staatlich-bürokratische Mittelzuweisung vielleicht mit formaler Hochschulautonomie, nicht aber mit wirklicher Selbstverwaltung vereinbaren ließe.

Georg Pichts Prophezeiung einer Bildungskatastrophe (1964) führte daher in bezug auf die Hochschulen nicht zu einer grundsätzlichen Reflexion über ihre Rolle im sozialen Ganzen, sondern nur zu einer besseren Mittelausstattung, zum forcierten Hochschulbau und entsprechend wachsenden Studentenzahlen. Auch die 68er-Bewegung hat im Grunde in dieser Richtung kein wirkliches Konzept einer Neuordnung entwickelt, sondern sich auf die Forderung nach „Demokratisierung“ der Hochschulen beschränkt.

In letzter Zeit ist in dieser Hinsicht ein Wandel eingetreten, der mit der tiefen Krise des Staates und der staatlichen Finanzierung sozialer und kultureller Leistungen zusammenhängt. Die Staaten sitzen in der „Globalisierungsfalle“, die bisherigen Finanzierungsinstrumente greifen nicht mehr (vgl. dazu Rundbrief 2/1997 zur Globalisierung). Bildung wird dadurch immer schwerer finanzierbar, die dadurch entstehenden Defizite sind aber zugleich Behinderungen in der weltweiten Konkurrenz der Standorte - ein Teufelskreis, der schwer zu durchbrechen ist. Forderungen, die notwendigen Mittel durch klassische Umverteilungsmaßnahmen aufzubringen, wie sie auch von Teilen der heutigen Studierendenbewegung erhoben werden - z.B. durch eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer -, erscheinen in einer Situation, wo das Kapital sich dem Zugriff durch Abwanderung immer besser entziehen kann, eher als naiv.

Die Politik reagiert auf diese Lage mit verschiedenen Versuchen einer Reform des Bildungswesens, - die allerdings gebremst werden durch die Beharrungskräfte des

bestehenden bürokratischen Systems. Die Grundrichtung dieser Reformen besteht in der „Deregulierung“: Einführung von Wettbewerbselementen im Bildungsbereich, die Ermöglichung einer stärkeren Profilbildung der Bildungsinstitutionen, eine stärkere finanzielle Eigenverantwortung durch Globalbudgetierung, die Einführung von Qualitätssicherungsverfahren in Kultureinrichtungen, die Durchsetzung einer stärkeren Leistungsorientierung dieser Einrichtungen und verschiedene Spar- bzw. Mittelbeschaffungsmaßnahmen wie die Kürzung des Bafög (Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz), Zugangsbeschränkungen usw. In diesem Zusammenhang wird auch die Einführung von Studiengebühren ins Auge gefaßt.

Die heutige Debatte über die Reform der Hochschulen

Durch diese Tendenzen entsteht eine größere Offenheit für zumindest „teilautonome“ Gestaltungen in diesem Bereich, aber nichts aus dem Motiv heraus, geistige Autonomie zu ermöglichen, sondern im Zuge einer Reform des Non-Profit-Bereichs, die diesen aus dem Regen der bürokratischen Einflußnahme des Staates in die Traufe der ökonomischen Fremdbestimmung zu bringen droht.

So sieht der in der Kabinettsitzung vom 24. September 1997 verabschiedete Entwurf für ein Viertes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes u.a. folgende Neuerungen vor: Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung (§ 5), die Evaluation von Forschung und Lehre (§ 6), Neufestlegung der Regelstudienzeit (§ 11), die verstärkte Aufnahme multimedialer Verfahren in Studium und Lehre (§ 13), Verstärkung der Studienberatungspflicht (§ 14), Einführung einer Zwischenprüfung in allen Studiengängen mit mindestens vier Jahren Regelstudienzeit (§ 15 Abs. 1), Ermöglichung der Vergabe der international bekannten Hochschulgrade „Bachelor“ und „Master“ (§ 19), stärkere Leistungsorientierung bei der Studienplatzvergabe (§ 31), Aufnahme hochschuleigener Auswahlverfahren in das allgemeine Auswahlverfahren für einen Teil der Studienplätze (ca. 20 %) in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen (§ 32 Abs. 3 Nr. 2 b) und die pädagogische Eignung als unbedingte Einstellungsvoraussetzung für Professoren (§ 44 Abs. 1 Nr. 2). „Um die skizzierte Neuorientierung verwirklichen zu können, brauchen die Hochschulen mehr Freiräume, die bisherige Detailsteuerung des Hochschulwesens durch den Staat engt zu sehr ein. Deshalb soll das HRG auf einen Kernbestand von Vorschriften reduziert werden; überflüssige rahmenrechtliche Vereinbarungen fallen weg [...] Auch die Vorschriften zur Organisation und Verwaltung der Hochschule (§§ 58 bis 66) sollen auf ein Minimum beschränkt werden.“ (aus einer via Internet verbreiteten Information des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.)

Die Richtung ist deutlich, auch wenn der Entwurf in vieler Hinsicht inkonsequent ist und Kompromisse mit den traditionellen Strukturen enthält (Festhalten am Abitur als staatlichem Berechtigungsnachweis für das

Hochschulstudium, nur zu einem gewissen Teil Delegation der Auswahl der Studierenden an die Hochschulen selbst usw.).

Ganz auf der gleichen Linie liegt die vielbeachtete Rede von Bundespräsident Roman Herzog auf dem Berliner Bildungsforum am 5. November 1997 im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt zur Situation des Bildungswesens in Deutschland. Bildung sei das „Megathema“ für die Zukunft, denn Bildung sei für ein rohstoffarmes Land der wichtigste Standortfaktor, sie sei zugleich ein Mittel sozialen Ausgleichs und die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit. Die Bildungsdebatte dürfe deshalb nicht nur den Experten überlassen werden. Der Verlust der Attraktivität deutscher Universitäten für ausländische Studierende drohe zu einem schweren Standortnachteil zu werden, eine Bildungsreform an Haupt und Gliedern sei erforderlich, bei der es um mehr Effizienz (d.h. ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis), Begabungsförderung, Wertevermittlung und Praxisorientierung gehe. Wer die Noten aus den Schulen verbanne, schaffe „Kuschelecken, aber keine Bildungseinrichtungen, die auf das nächste Jahrtausend vorbereiten.“

„Es ist falsch zu glauben, daß alle Bildungsinhalte durch bürokratische Vorgaben festgelegt und möglichst einheitlich geregelt sein müßten.“ - „Es ist ebenso falsch anzunehmen, das beste Bildungsangebot könne nur vom Staat kommen. Gerade in einem guten öffentlichen Bildungssystem brauchen private Initiativen Ermutigung.“ Solche Sätze klingen gut, ebenso wie die Forderungen nach einem breiten schulischen Grundwissen und einem Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge als Bildungsaufgabe, nach der Entlassung der Hochschulen aus „der bürokratischen Fremdsteuerung“. Gut hört es sich auch an, wenn Herzog den Beamtenstatus von Lehrern und Professoren hinterfragt, die Mitbeteiligung der staatlichen Schulen an Personalentscheidungen fordert usw. Geradezu emphatisch ist der Satz: „Setzen wir neue Kräfte frei, indem wir bürokratische Fesseln sprengen. Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit.“

Doch diese Freiheit bleibt fragwürdig, denn die neuen Ketten sind schon geschmiedet: Die Frage nach der Abschaffung des 13. Schuljahres - von Herzog gefordert - wird nicht als pädagogische Frage, sondern als Frage nach der Ökonomie der Zeit diskutiert. Wo die Beschäftigung mit dem Computer im Elementarunterricht - sie sei, so Herzog, gleich wichtig wie Lesen und Schreiben - aus ökonomischen Gründen gefordert wird, steht die Freiheit, sie aus pädagogischen abzulehnen, in Frage. Und wo es nur noch darum geht, Hoch- und Fachhochschule „fit zu machen“ für den globalen Wettbewerb, wird die Universität endgültig ihrer Rolle als eines möglichen Orts des von Entscheidungs- und Verwertungszwängen freien Diskurses über gesellschaftliche Grundfragen entledigt.

Zeitgemäße Hochschulreform

Wir werden nach der Hochschulreform noch radikaler fragen müssen, als die Studentenbewegung der 68er es getan hat. Denn die Frage nach dieser Reform ist zugleich die Frage nach der Entwicklung sozialer Struk-

turen im Sinne einer „Dreigliederung des sozialen Organismus“. Udo Herrmannstorfer hat aus dem Dreigliederungsimpuls heraus in einem Vortrag im September dieses Jahres bei den Stuttgarter Anthroposophischen Hochschulwochen unter dem Titel „Ist die Hochschule noch zu retten?“ Überlegungen zu einer Reform formuliert, die hier nur in einigen wesentlichen Zügen skizziert werden können:

Hochschule der Zukunft darf keine Veranstaltung des Staates mehr sein, sondern muß eine selbstverwaltete Einrichtung freien Geisteslebens werden, die offen ist für die Anliegen und geistigen Bedürfnisse der Studierenden und neue Ansätze des wissenschaftlichen Denkens. Die gegenwärtige Dominanz von Main-Stream-Auffassungen muß überwunden werden (wo widerspiegelt sich an den Lehrstühlen heute z.B. die hohe Akzeptanz unter der Bevölkerung und den Ärzten für die „besonderen Therapierichtungen“?).

Bis in die Form der Finanzierung hinein muß jeder Einförmigkeit und korrumpierenden Abhängigkeit vorgebaut werden. Daher sollte ein Teil der Mittel für die Hochschulfinanzierung über Studiengutscheine gelenkt werden, d.h. der Schritt von einer Angebots- zu einer Nachfragefinanzierung vollzogen werden.

Die Lebensfähigkeit eines zeitgemäßen Hochschulwesens ist dabei mit davon abhängig, daß Antworten auf die Globalisierungsproblematik gefunden werden, die einerseits in der Entwicklung von Formen eines kooperativen Wirtschaftens, andererseits in der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften in bezug auf die Sozialsicherung bestehen. (Die Ansätze hierzu liegen z.B. in einer Reform des Steuersystems, ein Gedanke, der hier nicht weiter verfolgt werden kann).

Das Profil der Universitäten ist heute unklar geworden. Die universitäre Ausbildung ist die Voraussetzung für den Einstieg in viele Berufe. Dadurch sind auch die Hochschulen in hohem Maße zu „Fachhochschulen“, zur reinen Berufsausbildungsinstanz geworden. Daß diese Rolle ausgefüllt wird, ist auch durchaus notwendig. Ob die Universität heute noch ein Ort des Studium generale im klassischen Sinne sein kann oder ob diese Aufgabe nicht bereits von der Oberstufe der Schule geleistet werden müßte, darf durchaus gefragt werden.

Gegenwärtig leidet aber freie Forschung, Forschung überhaupt unter der Verquickung mit dem Berufsausbildungsaspekt. Es wäre sinnvoll, beide Gesichtspunkte stärker zu entzerren, zumal sich für die Lehrenden als Berufsvorbereiter ganz andere Anforderungen ergeben als für die wissenschaftlich Forschenden. Aber auch die Bedürfnisse der Studierenden sind unterschiedlich. Viele suchen wirklich nur den Einstieg in den Beruf, nicht aber die wissenschaftliche Vertiefung. Gegenwärtig verquicken sich aber an der Massenuniversität beide Anliegen in einer Weise, daß weder das eine noch das andere wirklich zu seinem Recht kommt. So könnte die Entwicklung des Bildungswesens sich dergestalt differenzieren, daß sich an die Schule als Ort allgemeiner Menschenbildung mehr fachlich und am Beruf orientierte Hochschuleinrichtungen anschließen, denen gegenüber die Universitäten sich als freie Orte der Forschung und eines nicht

zweckorientierten Wissenschaftslebens für diejenigen entwickeln, die einen solchen Ort suchen. Dadurch würden sich auch viele Fragen des Zugangs zu den Universitäten entspannen lassen, die sich heute aus den bestehenden Verquickungen ergeben.

Wenn man nicht bei bloßen Wünschbarkeiten stehenbleiben will, kann die Reform der Hochschulen nur im Kontext mit den großen Gestaltungsfragen der sozialen Zukunft angegangen werden. Die protestierenden Studierenden sind in zweifacher Hinsicht auf dem richtigen Weg: Sie engagieren sich, mischen sich ein. Und sie begreifen immer mehr, daß es um gesamtgesellschaftliche Veränderungen geht. Es ist zu hoffen, daß sie immer mehr erkennen, in welcher Richtung diese Veränderungen zu suchen sind.

PROTESTE DER STUDIERENDEN - ZUM BEISPIEL MARBURG

Carola und Dominik Fette

„Streik in Gießen!“ - Überraschung in Marburg: worum geht's denn eigentlich? Zum Glück gab es Kommilitonen, die sich schon intensiv mit der Bildungspolitik und dem Streik in Gießen auseinandergesetzt hatten, und so kam auch in Marburg die Diskussion über Bildungs- und Sozialabbau in Gang. Am 10. November wurde dann auch in Marburg auf der Vollversammlung der Boykott der regulären Lehrveranstaltungen beschlossen. Gleich im Anschluß entstanden verschiedene Arbeitskreise, die entweder inhaltlich arbeiten oder Protestaktionen vorbereiten. Trotz fehlender Organisationsstrukturen und zum Teil chaotischem Aktivismus, zeigte sich doch recht schnell ein großes Entwicklungspotential und eine erstaunliche Kreativität. Da es für die Genehmigung einer Demonstration bereits zu spät war, wurde am Tag nach dem Streik-Beschluß ein Martinsmarsch organisiert - ein voller Erfolg: 700 singende und laternetragende Studierende zogen durch die Innenstadt. Es entstand eine tägliche Streikzeitung, Vorlesungen wurden auf dem Marktplatz und im Zug nach Frankfurt gehalten. Aufsehen erregte die Bocksprung-Kette der Sportstudis durch die Altstadt und viele, viele weitere Aktionen. Eine Delegation fuhr zur Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen nach Kassel und Tausende zu den medienwirksamen Demos in Wiesbaden, Marburg, Frankfurt, Darmstadt und Bonn. Inzwischen sind alle hessischen Universitäten im Ausstand und der Protest gewinnt eine bundesweite Dimension.

In den Medien wird über die verschiedenen Aktionen berichtet, im Vordergrund der Berichterstattung steht dabei immer wieder die Forderung nach besserer finanzieller, materieller und personeller Ausstattung der Hochschulen. Wir Studierende protestieren jedoch auch gegen das neue Hochschulrahmengesetz (HRG), für mehr Demokratie an den Hochschulen und vor allem gegen den allgemeinen Sozial- und Bildungsabbau.

„Ein modernes und effizientes Wissensverarbeitungssystem wird zum zentralen Standortfaktor“, so Bundesbil-

dungsminister Jürgen Rüttgers.¹ Entsprechend soll das neue HRG unter anderem:

- die Hochschulen nach den Interessen der finanzkräftigen Unternehmen und Interessenverbände ausrichten,

- die Selektionsmechanismen verschärfen, indem die Studienzeiten drastisch verkürzt werden sollen und nach Überschreitung der Regelstudienzeit BAföG-Entzug und sogar Zwangsexmatrikulation angedroht werden,

- der Elitebildung Vorschub leisten, indem die Universitäten bei der Verteilung der knappen finanziellen Mittel in Konkurrenz zueinander treten sollen.

- den ASten kein politisches Mandat zugestehen, folgerichtig auch keine Demokratisierung. (Vor kurzem mußte der Marburger AStA hohe Geldstrafen zahlen, da er sich politisch - über die enggefaßte Hochschulpolitik hinaus -, zu den Republikanern äußerte.)

Ein ausdrückliches Verbot von Studiengebühren ist im Gesetz nicht verankert.

In verschiedenen AK's wird u.a. diskutiert, was hinter der Propagierung eines Zwanges zu Effektivität und Wettbewerb für ein Bildungsideal und Menschenbild steht: Der Mensch wird reduziert auf seinen wirtschaftlichen Nutzen und Bildung zu reiner Ausbildung. Die Institutionen, geprägt durch soziale Selektion und hierarchische Strukturen, lassen jede demokratische Mitbestimmung an den Hochschulen als Farce erscheinen.

Demokratisierung ist nicht nur eine Forderung der Studierenden, sie wird auf den Vollversammlungen - wenn auch mühsam, so doch mit Erfolg - praktiziert. Bei den Versammlungen geht die Diskussion immer mehr um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. So wurden am 28.11.97 weitreichende *politische Forderungen* beschlossen:

„**1. Eine Umverteilung des Reichtums** von Banken und Großunternehmen zugunsten der gesamten Gesellschaft, insbesondere der sozial Schwachen: Arbeitslosen, AusländerInnen, Kranken, Alten, SchülerInnen, Studierenden usw. Das erfordert eine Entschuldung des Staates zuungunsten der Banken, eine Änderung des Steuersys-

¹ Diskussionspapier des BMBF zur geplanten HRG-Novelle Ende August 1996.

tems (z.B. Erhöhung der Kapital- und Vermögenssteuer) und andere Prioritäten bei der Verteilung der Staatsausgaben (z.B. 'Lehrkörper statt Flugkörper').²

2. Recht auf Bildung. Bildung ist nicht nur Ausbildung, Ware für die Wirtschaft, sondern BürgerInnenrecht. Sie soll möglichst vielen möglichst umfassend das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleisten. Die Hochschulen dürfen nicht Wirtschaftlichkeit und Privatinteressen untergeordnet werden. Sie müssen ausreichend und gleichermaßen vom Staat finanziert werden, der Zugang muß allen Menschen ermöglicht werden.

3. Demokratisierung der Hochschulen. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß in einer Demokratie auch die Bildung demokratisch organisiert wird. Wenn der Bevölkerung zugetraut wird, sich ein geeignetes Parlament zu wählen, dann sollte doch der Studierendenschaft zugetraut werden, sich geeignete Inhalte, Methoden und Lehrende zu wählen. Zu einem humanen Studium gehören Selbstbestimmung, oder zumindest gleichberechtigte Mitbestimmung bei allen Entscheidungen. Das mag länger dauern als eine monokratische Führung - aber **Demokratie ist kein Standortfaktor, sondern Menschenrecht!**"

Der Streik hat zu einer Politisierung der Studierenden, zu neuem Nachdenken über die Zusammenhänge zwischen Staat, Wirtschaft, Bildung und Sozialem geführt. Seit zwanzig Jahren ist dies die größte studentische Bewegung. Ihre Bedeutung liegt unserer Meinung nach zudem darin, daß neben Lehrenden auch außeruniversitäre Organisationen wie die BundesschülerInnenvertretung, die Gewerkschaften (GEW - DAG) sich mit unserem Protest solidarisieren.

Der Protest der Studierenden kann vielleicht als Gegengewicht zum derzeitigen Stillstand im etablierten Politikbetrieb wieder Bewegung in die Republik bringen, um zu verhindern, daß Humanität und Sozialstaatlichkeit weiter als Standortnachteile beschnitten werden.

² Diskussionsgrundlage: Herbert Schui, Eckart Spoo (Hg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn 1996.

Berichte und Betrachtungen

DIE DEBATTE ÜBER DAS BODENRECHT MUß NEU ERÖFFNET WERDEN

Christoph Strawe

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist - trotz leichten Nachgebens von Bodenpreisen und Mieten - nach wie vor angespannt. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, das Geld für eine anständige Wohnung aufzubringen. Wenn man die Entwicklung über die Jahrzehnte verfolgt, hat es bei den Bodenpreisen aufs Ganze gesehen

eine immer stärkere Verteuerung gegeben. Der Grundstücksanteil an den Wohnungskosten erreicht Größenordnungen von dreißig bis fünfzig Prozent. Von den Wertsteigerungen profitieren diejenigen, die über Bodeneigentum verfügen. Der Käufer der Immobilie ächzt zwar unter der Belastung, aber gleichzeitig spekuliert er auf die zu erwartende Wertsteigerung.

Gleichzeitig will Wohnungsbauminister Töpfer den sozialen Wohnungsbau zurückfahren, denn der Staat ist in Geldnöten. Aus diesen Geldnöten versuchen sich

Bund, Länder und Kommunen u.a. dadurch zu befreien, daß sie das Tafelsilber verkaufen, und dazu gehören auch Grundstücke und Wohnungen. Privatisierung ist angesagt. Verständlich, aber kurzsichtig. Denn der Erlös wird einmal eingestrichen und ausgegeben - dann ist er weg. Würden die Kommunen z.B. vermehrt Erbbaurechte vergeben, wie es Städte wie Wolfsburg und Stockholm seit langem praktizieren, müßten sie zwar auf kurzfristige Gewinne verzichten, aber könnten auf langfristige Erträge rechnen und blieben in bezug auf die Bodennutzung sozial handlungsfähig.

Noch schießt der Staat durch Wohngeld und Sozialhilfe bei denjenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen, einen Teil des Fehlenden zu. Aber die Debatte über die Unbezahlbarkeit solcher Unterstützung in der gegenwärtigen Form hat längst begonnen.

Dabei wird leichtfertig auf Mittel verzichtet, die für den Wohnungsbau mobilisiert werden könnten. Es macht viel Sinn, daß wir den Bau von Eigenheimen und Wohnungen durch entsprechende steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten fördern. Aber während der Staat für den Erwerb von Grund und Boden Grunderwerbssteuer verlangt, wird der Veräußerungsgewinn (außerhalb der sogenannte Spekulationsfrist) nicht besteuert, sondern voll privatisiert. Wo bleibt hier die vielgerühmte Sozialbindung des Eigentums (Artikel 14 des Grundgesetzes)? In der Debatte um die Steuerreform verschwand der Vorschlag einer solchen Besteuerung von Veräußerungsgewinnen schnell und von den meisten unbemerkt wieder in der Versenkung. Zu stark war der Druck der Interessen. Man darf gespannt sein, ob es wenigstens bei der geplanten Verlängerung der „Spekulationsfrist“ von 2 auf 10 Jahre bleibt. Es macht generell keinen Sinn, die Solidarität der Gemeinschaft beim Wohnungsbau zu gewähren bzw. in Anspruch zu nehmen und die Vorteile aus der Förderung später allein zu beanspruchen. Kann denn Solidarität eine Einbahnstraße sein? Würde man Veräußerungsgewinne generell mit nur 5% besteuern, ergäbe sich ein gewaltiger Fonds, aus dem neue erschwingliche Wohnungen oder Beihilfen für den Wohnungsbau bezahlt werden könnten.

So werden wir von der Politik bedient: Debattiert wird über alles, nur nicht über die wesentlichen Fragen, durch deren Lösung oder Teillösung eine wirkliche Entlastung herbeigeführt werden könnte. Man mag dies noch verstehen: Politiker schielen auf Wahltermine und wollen sich nicht die Finger verbrennen. Was aber ist mit denjenigen, die doch vorgeben, unabhängig von Parteiinteresse kritische Öffentlichkeit zu repräsentieren. Wieso herrscht in unseren Medien in bezug auf das Thema „Bodenrecht“ Schweigen im Walde? Wie unabhängig sind unsere Medien?

Dabei stößt man überall auf das Bodenrecht als Wurzel von Problemen: Wenn man über das Wohnungsproblem spricht, über die Probleme der Kommunen, über die Schwierigkeit, die Pacht oder den Kaufpreis für ökologische Landwirtschaft auf nicht ererbtem Grund zu erwirtschaften, über Probleme der neuen Bundesländer, über das Elend in Lateinamerika oder anderswo.

Offenbar machen wir prinzipiell etwas falsch bei der Bodennutzung. Boden ist kein gewöhnliches Gut. Wenn

Schuhe zu teuer werden, sorgt eine Erhöhung des Angebots für die gegenteilige Tendenz der Verbilligung. Boden aber kann man nicht beliebig reproduzieren, wie Schuhe oder Coca-Cola. Er ist prinzipiell knapp und wird - global gesehen - bei wachsender Weltbevölkerung noch knapper. Dürfen wir aber dann mit dem Boden umgehen, wie mit einer gewöhnlichen Ware? Wenn wir einkaufen gehen, geben wir in der Regel Geld, das wir für eigene Leistungen bezogen haben und tauschen es gegen die Leistungen anderer ein. Worin besteht die Leistung, wenn ein ererbtes Grundstück in der City in Geld eingetauscht wird? Leistung solle sich lohnen, wird gesagt. Die Realität unserer Bodenordnung ist dergestalt, daß sich, häufig genug, Nichtleistung bhnt. Wer diesen Zustand rechtfertigt, sollte jedenfalls nicht von einer Leistungsgesellschaft sprechen.

Wer das Bodenrecht in Frage stellt, setzt sich dem Verdacht aus, privates Eigentum beseitigen zu wollen. Davon kann und darf keine Rede sein. Vielmehr verunmöglichen die Bodenpreise gerade vielen Menschen, solches Eigentum zu bilden.

Es wird also Zeit, über Alternativen zu sprechen. Detaillierte Vorschläge und Versuche, im Kleinen anders mit Grund und Boden umzugehen, gibt es seit langem - sie werden bloß nicht zur Kenntnis genommen. In den 70er Jahren gab es - angestoßen durch die SPD-Politiker Volker Hauff und Peter Conradi - eine Bodenrechtsdebatte in Deutschland. Über die Vorschläge, die damals gemacht wurden, kann man mit guten Gründen streiten. Aber die Debatte muß neu eröffnet werden! Konzepte aus der Perspektive der Dreigliederung des sozialen Organismus liegen seit langem vor!¹

TAGUNG DER SEKTION FÜR SOZIALWISSENSCHAFT AM GOETHEANUM

(cs) 1996 konnte die Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum auf 21 Jahre ihrer Tätigkeit zurückblicken. Zugleich sollte ein neuer Abschnitt in der Arbeit beginnen (vgl. Rundbrief 1/97). Vom 7.-9. November 1997 fand nun eine Tagung der Sektion statt, bei der es um Forschungsfragen der Gegenwart ging. Diese Tagung war dadurch geprägt, daß eine Vielzahl von Freunden einen Einblick in ihre Arbeitsansätze und die vielfältigen Erkenntnisfragen gab, mit denen sie ringen. So spannte sich ein weiter thematischer Bogen: die Bedeutung des Vertrauens in sozialen Gemeinschaften (Lex Bos), die Frage nach dem Übergang vom Studium der Anthroposophie zur geistigen Forschung (Gerd Schmäche), die „Äthergeographie des Ostseeraums“ (Otfried Brunk), die sozialwissenschaftliche Arbeit in Argentinien, den USA und Neuseeland (Peter Heumann, Claus Sproll, Albrecht Hemming), die Arbeit an der Konstitutionsfrage der Anthroposophischen Gesellschaft (Manfred Schmidt-

¹ Vgl. Udo Herrmannstorfer: Die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden. Vorschläge für ein neues Bodenrecht. In: Ders.: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Stuttgart, 3. erw. Aufl. 1997.

Brabant), das Verhältnis der Geschlechter (Birgit Kersten), das Tamagotchi-Phänomen (Ruth Meyer), Familienkultur (Birgit Kohlhasse), Fragen der Sozialarbeit und ihrer menschenkundlichen Grundlagen (Raoul Guyaz, Helen Zwemmer), Arbeitsweisen der Anthroposophie (Gerhard von Beckerath), Tendenzen der Staatsentwicklung (Frans Carlgren) und Grundfragen sozialwissenschaftlicher Forschung (A. Hemming). Rainer Burkhardt sprach über die sozialwissenschaftliche Arbeit der Forschungsabteilung des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke an Fragen der Gesundheitsökonomie, Hakan Blomberg lieferte einen „Action research-Bericht“ über Ansätze assoziativen Wirtschaftens im Kontext eines Entwicklungsprojekts in der Dominikanischen Republik und Udo Herrmannstorfer gab einen Überblick über die Arbeit in der Schweiz an Fragen der Qualitätssicherung in der Heilpädagogik (die sich auch in einem Handbuch „Wege zur Qualität“ niedergeschlagen hat).

Christoph Strawe wiederholte noch einmal sein Angebot, Berichte über die Arbeit der Sektion und ihrer Mitglieder im Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“ zu veröffentlichen. In dieser Nummer erscheint daher der Beitrag von Birgit Kohlhasse zum Thema „Familienkultur“ und eine Selbstdarstellung des Projektes „Haus um die Schenkung“, einer Begegnungsstätte von Kultur und Wirtschaft in Berlin, welches ebenfalls auf der Tagung vorgestellt wurde. Manfred Schmidt-Brabant äußerte die Auffassung, daß es eigentlich für jedes Sektionsmitglied selbstverständlich sein sollte, den Rundbrief zu beziehen.

FAMILIENKULTUR ALS AUFGABENFELD SOZIALWISSENSCHAFTLICHER ARBEIT UND FORSCHUNG

Beitrag auf der Tagung der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum

Birgit Kohlhasse

Ich möchte den neuen Arbeitsabschnitt innerhalb der Sektion zum Anlaß nehmen, um Ihnen die Aktivitäten einer noch viel zu wenig beachteten Berufsgruppe vorzustellen, die bislang keine eigene Fachdisziplin, kein eigenes Forum innerhalb der anthroposophischen Gesellschaft hatte: nämlich die Berufsgruppe der Mütter, Hausfrauen.

Wie einige von Ihnen vielleicht mitverfolgen konnten, haben wir in diesem Jahr im April die 6. Hausmüttertagung durchgeführt, mit dem Thema „Lebenskunst in heutiger Zeit“. 1992 fand die erste Tagung statt, zu der wir ca. 60 Teilnehmer erwarteten, es kamen dann ca. 600 Frauen und ganz wenige Männer. Angeregt durch diese Tagungen haben sich weltweit Müttergruppen oder Familienkreise gebildet, die regelmäßig über das Jahr an Fragen zu einer neuen Familienkultur arbeiten. Darüber hinaus geben auch einige Frauen Kurse und Seminare zum Muttersein heute.

Man kann im Nachhinein wohl sagen, daß damals, um 1990 herum, die Zeit reif war, daß von verschiedenen Seiten Menschen zusammenfanden, die alle das gleiche

oder ähnliche Bedürfnisse hatten: Nämlich das Frau- und Muttersein aus der Anthroposophie heraus zu beleuchten und sich zu schulen, um der Mutteraufgabe, um den Anforderungen in der Familie mehr gerecht zu werden. Glücklicherweise hatte Herr Schmidt-Brabant ein offenes Ohr für diese Initiative und unterstützt und begleitet unsere Arbeit, wofür wir sehr dankbar sind.

Unsere Aktivitäten entfalten sich also:

- in Form der jährlich stattfindenden Tagungen am Goetheanum,
- in Form von Familienkreisen,
- in Form von Seminararbeit
- und, seit 1994, in einer eigens für Mütter und Väter konzipierten Hochschularbeit innerhalb der Sektion.

In diesem Jahr organisierten wir sogar noch eine regionale Tagung in Kiel und vor 2 Wochen eine ganz außergewöhnliche Veranstaltung innerhalb der Kathedrale von Chartres, wo Herr Schmidt-Brabant und Dr. Virginia Sease 6 große Vorträge in der Krypta hielten, was ein ganz besonderes Geschenk für die Weiterführung unseres Impulses war.

Worum geht es uns im Wesentlichen bei diesem Familienkulturimpuls?

1. Eines unserer Hauptanliegen ist es, das Wirkensfeld Familie (bei dem die Haushaltsführung mit eingeschlossen ist) zu einem Gegenstand unseres geisteswissenschaftlichen Forschens zu machen, und damit die Spiritualisierung dieses Arbeitsfeldes voranzutreiben. Die Durchdringung dieses Bereiches mit anthroposophischen Inhalten und Fragen ist uns wichtig. Die Bereiche Familie, Ehe und Partnerschaft, Arbeitsplatz Haushalt, die Mutterrolle, die Vateraufgaben - dieser ganze Komplex ineinander webender und verschachtelter sozialer Wirklichkeit ist neu zu greifen und zu hinterfragen und mit Perspektiven für die Zukunft zu versehen.

2. In einer absoluten Bedrohung der Familie, in der der Mutter eine zentrale Rolle zukommt, entsteht immer wieder die Frage nach Hilfestellungen, nach Kraftquellen, nach Unterstützung.

So versuchen wir Quellen zu erschließen, die uns Anschluß an die wirksamen geistigen, helfenden Kräfte in der Welt ermöglichen. Und ebenso sehen wir es als eine wichtige Aufgabe an, uns für diese helfenden Wesen zu öffnen.

3. Wir wollen die Kräfte kennenlernen und benennen, die u.a. ein Interesse am Aufrechterhalten des Kampfes der Geschlechter gegeneinander haben, die Familie zerschlagen wollen und die Vereinzelung der Menschen vorantreiben. Das Mysterium des Bösen zu erkennen, ist ja eine Voraussetzung, um den Weg zum Licht zu finden, und sich anzunähern an die Sophien-Weisheit.

4. Und so komme ich auf ein weiteres wesentliches Aufgabengebiet von uns, nämlich die Selbsterziehung der Mutter im anthroposophischen Schulungsweg zu fördern. Wie jeder Pädagoge weiß, ist die Selbsterziehung die Voraussetzung für die Erziehung, die ja doch weitgehend von uns Müttern getragen wird, und so glauben wir, daß wir auch einen berufsspezifischen Schulungsweg für uns entwickeln können.

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich schon fast wie von selbst die Forschungsfragen, an denen wir arbeiten. Aber bevor ich diese nochmals formuliere, sei hier noch ein Blick geworfen auf das Spezifische unseres Arbeitsfeldes.

Um was für ein besonderes Berufsfeld handelt es sich da eigentlich?

Wo steht denn dieser Mikrokosmos heute, diese Urzelle der Gesellschaft, wo steht die Familie heute? (Ich sage dies jetzt auf die Gefahr hin, Eulen nach Athen zu tragen, aber es ist gut, dennoch sich kurz die Situation vor Augen zu führen.)

Wir beobachten alle, daß die Familie zusehends in Gefahr gerät: Ein radikaler Zerfall der sozialen Bindungen wird deutlich, jede 3. Ehe wird geschieden (in den Großstädten schon jede 2.). In jeder 3. Wohnung lebt ein Single, in deutschen Großstädten wächst jedes 2. bis 3. Kind bei nur einem Elternteil auf.

Die Unzufriedenheit mit dem Typus der traditionellen Hausfrauenfamilie treibt die Scheidungsrate in die Höhe (ca. 70 % der Scheidungsklagen wird von den Ehefrauen eingereicht).

Es wird deutlich, daß die Familie einem Bedeutungswandel unterworfen ist, daß viele Funktionen und Aufgaben, die wir früher auch als Mutter dort hatten, ausgegliedert wurden, institutionalisiert wie z.B. die Versorgung der Alten, der Kranken, die heute weitgehend Altenheime oder Krankenhäuser übernehmen. Frühere Funktionen haben sich also aufgelöst.

Müssen sich nicht die Aufgaben einer Familie heute ändern? Und welche neuen Aufgaben wären das? Können wir einen neuen Sinn in der Familie sehen? Oder macht die Familie heute keinen Sinn mehr? Ist sie ein auslaufendes Modell? Die gleichen Fragen kann man sich auch für die Ehe stellen.

Die größte Herausforderung der Zeit sind doch die menschlichen Beziehungen, der Umgang der Menschen untereinander. Also der gesamte seelische Bereich des Menschen. Nun ist aber gerade die Familie der Ort, in dem die Sozialisation stattfindet, d.h. in der Menschen lernen, miteinander umzugehen; dort lernen Kinder ihre Umgangs- und Verhaltensweisen, ihre Ideale erkennen, ihre Grenzen und Möglichkeiten erleben, Kinder, die für die Weiterentwicklung der Menschheit die Zukunft bilden.

Die Familie ist heute nicht der Ort der Gemeinsamkeiten, sondern sie ist das Übungsfeld, wo ich lernen kann, anzuerkennen, daß der andere so anders ist.

Und da merken gerade wir Mütter, daß diese Aufgaben nicht mehr aus traditionellem Verständnis getragen werden können, daß die alten Kräfte versiegen. Und so ist es überhaupt kein Wunder, daß wir für neue Aufgaben ohne Rüstzeug dastehen. Eine permanente Überforderung ist hier meistens die Folge, eine Rat- und Hilflosigkeit. Mütter und Väter stehen nicht selten trotz des guten Willens, den sie haben, vor sozialen Katastrophen. Die Lebensberater, die Ehe- und Erziehungsberater wissen nicht mehr ein und aus vor Zulauf, eine ganze Beraterbranche ist entstanden. Nun - wir stehen zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit an einem Punkt, wo

wir ganz freigelassen werden, wo wir ganz aus eigener Entscheidung handeln können und auch ganz aus unserer eigenen Individualität handeln wollen, d.h. den Mutterberuf kann ich heute frei und ohne traditionellen Druck ergreifen - oder auch nicht. Es ist meine Entscheidung.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich darauf hinweisen, daß wir den Wunsch der Mütter respektieren, die in ihren gelernten Beruf zurückgehen wollen oder müssen, oder eine Ausbildung machen und die Betreuung ihrer Kinder anderen Menschen übergeben. Das muß jede Frau selbst entscheiden. Also, wir wollen den Bereich der Mutter, Hausmutter weder glorifizieren, noch eine Zurück-zum-Herd-Bewegung entfalten. Darum geht es uns gewiß nicht!

Aber wenn Mütter einen neuen Sinn im Familienleben sehen, wenn ihnen klar wird, welche ungeheuer verantwortungsvolle und wichtige Aufgaben hier zu erfüllen sind, dann kann es eine freie und positive Entscheidung für diesen Arbeitsplatz sein, aus Einsicht heraus und aus neuer Erkenntnis.

Und diesem Weg entsprechende Erkenntnisse zu entwickeln, diesem Weg fühlen wir uns hier am Goetheanum verpflichtet, damit die Familie - egal, ob Patchworkfamilien, Alleinerziehende - also überall, wo Erwachsene mit Kindern zusammenleben - damit die Familie ein Keimboden werden kann, aus dem heraus alle Beteiligten ihre menschliche, individuelle Entfaltung und Entwicklung betreiben können. Dafür Rüstzeug zu erarbeiten, sind wir hier!

Abschließend möchte ich hier einige Fragen aus der Fülle unserer Forschungsfragen stellen, die sich aus den Zielen unserer Arbeit ergeben.

1. Wohin kann und soll sich eine Familienkultur in Zukunft entwickeln? 2. Gibt es einen neuen Sinn der Familie? 3. Kann ich der Ehe einen neuen Sinn geben? 4. Welche Aufgabe habe ich als Mutter in dieser Zeit? 5. Was heißt es, Muttersein unter dem Aspekt der Hüllennatur des Menschen? 6. Die Frage nach einer neuen Familienkultur beinhaltet auch die Frage nach dem Männlichen und Weiblichen d.h. was ist das männliche und das weibliche Prinzip und wie wirkt es in die Zukunft hinein?

Und eine letzte Frage will ich erwähnen: Welches allerdings noch einen Fragenkomplex darstellt, nämlich eine Art Arbeitsplatzforschung, die wir betreiben, in dem einzelne Aspekte des Haushaltes untersucht werden.

Ich nenne ein Beispiel: Welche Elementarwesen spielen im häuslichen Bereich eine Rolle, kann man sie erleben, und wie gehe ich mit ihnen um?

Ein anderes Beispiel: Wie verhalte ich mich gegenüber der Technik, den Medien? Wie wirken diese in der Familie, insbesondere auf die Kinder? Und gerade dieser letzte Fragenzusammenhang, also die Beschäftigung mit dem Arbeitsplatz Haushalt/Wohnung ist in Zukunft für uns weiter zu fassen und auszudehnen auf die Familie, auf das Familienleben (d.h. wir hatten dieses Zusammenwirken von Mutter und Vater immer schon berücksichtigt, weil es sich selbstverständlich gar nicht trennen läßt). Aber wir wollen in Zukunft das auch deutlich machen im Titel unserer nächsten Veranstaltung, die sich

dann nicht mehr wie bisher Hausmüttertagung nennen wird, sondern Tagung für Familienkultur (vgl. auch im Teil „Ankündigungen“).

Interessenten, die mitarbeiten wollen, wenden sich an: Birgit Kohlhasse, Ruffweg 13, 70619 Stuttgart, Tel. (0711) 47 93 773, Fax 47 93 772. (Birgit Kohlhasse ist Beauftragte der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum für den Bereich Familienkultur).

HAUS UM DIE SCHENKUNG

Begegnung von Kultur und Wirtschaft

Einen Brennpunkt urbaner Prozesse schaffen: Stadt vereinigt die gegensätzlichen Bedürfnisse und Vorhaben. Zusammenspiel und gegenseitige Steigerung der Polaritäten: Das ist das Geheimnis der Potentiale und der Größe der Stadt. Ein Quellort städtischer Lebendigkeit soll das HAUS UM DIE SCHENKUNG werden.

Atmosphärische Werte und quantifizierbare, reproduzierbare Leistungen sind solche sich gegenseitig herausfordernden, befeuernden Elemente. Sie entstammen polaren Lebenswelten, doch sie lassen sich zusammenführen.

Dann regen sie an, die Grenzen des Machbaren in neue, menschlichere Richtungen zu erweitern und dem Unmachbaren mit verstärktem Einsatz Entfaltungsraum, Pflege und Förderung zu geben.

Kultur und Wirtschaft unter ein Dach bringen: Mitten in Berlin - anliegend an die geplante Niederländische Botschaft, die die Initiative und ihr Konzept begrüßt - wird das Haus um die Schenkung mit seiner auch internationalen Orientierung entstehen.

Ein Hochhaus auf 900 m² Grundfläche, 5.000 m² Nutzfläche in der markanten Architektur von Ton Alberts, erschlossen durch eine Passage bis zum Spreeufer, wird in neuartiger Durchdringung kulturelle Initiativen mit wirtschaftlichen Projekten vereinen.

Ein Veranstaltungs- und Konferenzzentrum und eine lebendige, künstlerische Infrastruktur stehen für alle bereit.

Um eine gesunde Finanzierung des Hauses und eine gezielte Unterstützung der Kulturinitiativen sicherzustellen, werden

- 50% des Hauses von Wirtschaftsunternehmen genutzt. Hier spannt sich der Bogen vom innovativen Banken- und Versicherungszentrum über Firmenrepräsentanzen und Dienstleistungsbüros bis zur Apotheke, zu Läden und Restaurants. Insbesondere ist an Firmen gedacht, die am Handel mit Holland sowie am Export-Import der EU über Rotterdam interessiert sind, sowie an pharmazeutische Firmen anthroposophischer und naturheilkundlicher Richtung.

- 20-25% Nutzung durch Einrichtungen des Kulturlebens geben dem Haus den besonderen Charakter. Im Gespräch sind: Agentur für Soziale Entwicklungen, eine Initiative des Büros für Stadtökologie und soziale Entwicklung / Europäische Medizinische Akademie, ein Forum für Ärzte-Fortbildung in Komplementär-Medizin als künftig fester Bestandteil der in der EU gesetzlich

geregelten Weiterbildung für Ärzte / Institut für onkologische und immunologische Forschung, klinische Forschung im Bereich der Naturheilkunde und der anthroposophischen Medizin (Schwerpunkte Mistel und Cannabis) / Praxisgemeinschaft/Therapeutikum anthroposophischer und naturheilkundlicher Ärzte; Gesundheitszentrum / Internationaler Waldorf-Kindergarten, auch als Angebot für Eltern unter den Botschaftsangehörigen und die internationale Gemeinschaft Berlins / Pädagogisches Forschungsprojekt im Zusammenhang mit der Technischen Universität Berlin, damit verbunden Betreute Wohngemeinschaft für minderjährige Oberstufenschüler / Europäische Jugendkultur-Initiative / Künstlerateliers / Johannes-Zweig der Anthroposophischen Gesellschaft Berlin / Saal für Kongresse, Konzerte, Theater, Kino, Vorträge, Veranstaltungen.

- Weitere ca. 5% sollen an Einrichtungen des politischen Lebens (Parteien, Organisationen wie Amnesty, Greenpeace, E/F/F/E usw.) vergeben werden.

- Ca. 20% werden als Wohnungen genutzt. Dabei ist auch an Senioren-Wohnungen und betreutes Wohnen gedacht.

Der Bau: Der niederländische Architekt Ton Alberts hat Ende der 80er Jahre mit seiner Bankzentrale in Amsterdam (2.500 Arbeitsplätze) Weltmaßstäbe im ökologischen Bauen und im Durchdringen künstlerischer und ergonomischer Ziele gesetzt und der organischen Baukunst eine neue Dimension erschlossen. Sein Bankgebäude der ING-Bank zieht noch heute jährlich über 100.000 Besucher an.

Von Ton Alberts ist mit dem HAUS UM DIE SCHENKUNG ein städtebaulich und nutzungs-konzeptionell zeichensetzender Beitrag zur Berliner Architektur zu erwarten.

Das Kuratorium: Die Initiative HAUS UM DIE SCHENKUNG sucht auch sozial neue Wege. Sie sieht die Zukunft der Wirtschaft in betriebsübergreifender Zusammenarbeit im Sinne des „Lean Enterprise“. Sie wird langfristig zu einer, soziale Sphären in neuer Art verbindenden, Assoziation von Wirtschaftsleben und einem selbständig gewordenen Geistes- und Ausbildungsleben führen. In Anerkennung dieses Zielbildes ist der Ökonom Daniel T. Jones, der die Prinzipien von Lean Management und Lean Production entwickelte, in das Kuratorium des HAUS UM DIE SCHENKUNG eingetreten. Wolfgang Ullmann, Initiator von „Demokratie jetzt“ in der DDR und heute Europa-Abgeordneter der Bündnis-Grünen, ist ebenfalls dem Kuratorium beigetreten.

Und warum der ungewöhnliche Name? Durch Schenkung lassen sich die wirklich fruchtbaren Dinge in Gang setzen. Dafür möchte das „Haus“ stehen.

Träger des Projektes: Auf eine Anregung der Niederländischen Botschaft hat sich um den in Holland, den USA und Deutschland tätigen AIDS- und Cannabis-Forscher Prof. Dr. med. Robert Gorter ein Initiativkreis für das Projekt gebildet. Der Förderverein für kulturelle Initiativen des Projektes HAUS UM DIE SCHENKUNG ist als gemeinnützig anerkannt. Die Entwicklungsgesellschaft HAUS UM DIE SCHENKUNG mbH befindet sich in Gründung.

HAUS UM DIE SCHENKUNG, Spreeufer 5, 10178

Berlin, Tel. (030) 24 34 65 42, Fax (030) 24 34 65 50. Spendenkonto Förderverein Deutsche Bank AG, Kt.Nr. 42 44 000, BLZ 100 700 00.

DIE GRÜNSFELDER ÖLMÜHLE GESTALTET IHRE ZUKUNFT

Im Jahre 1990 wurde die ehemalige Grünsfelder Englert-Mühle von den Gesellschaftern Naturata Lauda, Spielberger KG und dem Verbund Freie Unternehmensinitiativen übernommen. Sie ist seitdem Hersteller von kaltgepressten Ölen - ausschließlich aus biologischem Anbau. Mit einer modernen Abfüllanlage werden außerdem im Service flüssige Nahrungsmittel wie z.B. Sirup abgefüllt und verpackt.

Als Vertragspartner im Demeter-Bund liefert die Grünsfelder Ölmühle ein vielfältiges Sortiment hochwertiger Speiseöle ausschließlich an den Fachhandel. Landwirte und Futtermittelhersteller verwenden den nach dem Pressen gewonnenen Ölkuchen im biologischen Landbau. Das steigende Bedürfnis vieler Verbraucher nach wertvollen, gesunden Ölen ist für die Grünsfelder

Ölmühle Anlaß, die bisher gepachtete Mühle über die Verbund-Immobilien-Projekt-Gesellschaft, Vaihingen/Enz, zu erwerben und damit die Möglichkeit zu schaffen, im Betrieb kräftig zu investieren. Schwerpunkte sind die Verbesserung der Hygienebedingungen, die Optimierung der Arbeitsabläufe und des Lagers (endlich mehr Platz!) sowie die Modernisierung bzw. Aktivierung von zwei Voith-Francis-Wasserturbinen zur Gewinnung von elektrischer Energie.

Betriebsleiter Jürgen Scheibe und seine Mitarbeiter freuen sich über diese Entwicklung, weil sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessern werden und weil das Unternehmen auf diesem Weg gute Voraussetzungen für die Erfüllung seiner zukünftigen Aufgaben schafft. Wie Hans Spielberger, geschäftsführender Gesellschafter der Grünsfelder Ölmühle mitteilt, hat das gesamte Projekt ein Investitionsvolumen von 1,2 Mio DM. Es besteht für Interessenten, welche sich kapitalmäßig mit der Ölmühle verbinden möchten, die Möglichkeit zur Zeichnung von Stillen Beteiligungen.

Ansprechpartner: Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Friedrich Engelhardt, Haußmannstr. 50, 70188 Stuttgart.

Leserforum

BETR.: BEITRAG VON THOMAS BRUNNER IM LETZTEN RUNDBRIEF¹

Detlef Oluf Böhm

Betrifft: Deine Schmundt-Aphorismen

Lieber Thomas,
Deine Stichworte zu meiner Schmundt-Kritik bezüglich seines „Wert 2“-Verständnisses können Schmundt nicht retten. Schmundt hat Steiner in diesem Punkt eindeutig nicht verstanden. Das siehst Du ja auch selbst, ob nun abstrakt oder konkret. Übrigens: Ich weise nur auf das unterschiedliche Verständnis von Wert 2 bei Steiner und Schmundt hin. Einen eigenen Begriff von Wert 2 entwickle ich nicht. (Wenn Du das bloße Begreifen schon als eigenen Begriff ansiehst, dann entwickle ich zwei Begriffe mindestens: den Böhm-Schmundtschen und den Böhm-Steinerschen.)

Mit dem Steinerschen Begriff von Wert 2 im Sinne von Arbeitsorganisation oder Rationalisierung ist sehr viel anzufangen, und zwar ganz praktisch: Wer den Wert einer guten Arbeitsorganisation begriffen hat, der wird praktisch bestrebt sein, seine Arbeit möglichst rationell zu erledigen. - Deine gegenteilige Behauptung („kann man ... nichts anfangen“) hört sich beeindruckend an, stimmt aber nicht.

Deine anschließenden Ausführungen über Ag^w ha-

ben mit meinem Wert 1/Wert 2-Beitrag nichts zu tun.

An Deinem Verständnis von Ag^w habe ich inhaltlich nichts auszusetzen. Wo ist der Dissenz zu meinem Verständnis? Die Formel umgestellt zu Ga^w habe ich nicht, auch nicht vom Sinn her. Arbeit auf Geist anwenden? Was wäre das? Erkenntnistheorie? Oder Selbsterziehung? Ich plädiere für das Zweite. Hat aber mit Wirtschaft nicht direkt zu tun.

Soweit zu Punkt 1 Deiner Stichworte. Fazit: Deine Kritik hat ein berechtigtes Anliegen: Du forderst Begriffe, die zu einem anderen Tun führen. Der Steinersche Wert 2 erfüllt nach meinem Verständnis diese Anforderung geradezu exemplarisch. Deine Kritik geht also ins Leere.

Auch Dein Anliegen B „prozessual-exakte Anschauung d.W.“ kann ich teilen: es hilft gegen Abstraktionen und Dogmatismus. Die Wirklichkeit aus dem Wahrgenommen heraus beschreiben, statt theoretisch darüber in sich geschlossene Begriffskonstruktionen zu errichten! Vom Kennen des Ganzen her erst die Einzelheiten richtig begreifen! Trotzdem kann auch ein Einzelmißverständnis an Ort und Stelle geklärt werden. Außerdem habe ich den NÖK schon vor etwa 20 Jahren erstmals kursmäßig durchgearbeitet, übrigens zusammen mit klugen Dreigliederern. Ich kenne also das Ganze des Kurses. Außerdem ist mir durchaus eigene Erfahrung, was Arbeitsorganisation und Rationalisierung ist. Was ich darüber schreibe, ist also keine abstrakte Spekulation, sondern konkrete Beschreibung der allgemeinen Wirklichkeit von Wert 2, auch wenn ich dies - um außer Denkernden auch Gläubige zu erreichen - in einen Mantel

¹ Diesen Brief an Thomas Brunner erhielten wir mit der Bitte um Abdruck im Rundbrief.

von Originalzitate einhülle. Also auch Dein Urteil, ich hätte nur „abstrakt“ recht, trifft konkret nicht zu, auch wenn es sich eindrucksvoll anhört: Die von mir beschriebenen Unterschiede in der Auffassung von Wert 2 bei Schmundt und Steiner sind jetzt unübersehbar geistige Wirklichkeit, die zu ganz anderen Konsequenzen bei Schmundt führt als bei Steiner.

Damit bricht Dein Punkt 1. in sich zusammen.

Etwas anders ist es bei Deinem Punkt 2 (Arbeitsbegriff). Ich kritisiere in meinem Text, der sich im Kern um das Verständnis von Wert 2 dreht, neben der eigentlichen Kritik AUCH Schmundts aphoristische Darstellungsweise, die sehr oft nicht genügend beschreibt, was er meint. Der Leser wird von Schmundt oft alleingelassen und muß herumraten, was gemeint ist. Diese Kritik richtet sich auch gegen Schmundts aphoristische Bemerkung, daß Fähigkeitswerte verbraucht würden. Ich äußere eine Vermutung was er damit meinen könne und sage, FALLS das und das gemeint ist, DANN ist es ein anthropologischer Arbeitsbegriff im Sinne des Steiner-Zitats zu Marx. - Du setzt da einfach ein Steiner-Zitat dahin, ohne zu erklären, wie Du es verstehst, gibst nicht einmal die Stelle an, wo man den Zusammenhang nachlesen könnte und meinst dann, das sei eine Widerlegung.

Du machst es Dir einfach und dem Leser schwer. Ich will aber so dumm sein und mir die Mühe machen, die Du mir aufbürdest:

Aus dem Steiner-Zitat entnehme ich, daß er hier in volkswirtschaftlichem Sinn von „aufgebraucht“ in bezug zur Arbeit spricht. Es kann also nicht um die körperliche Ermüdung durch die Arbeit gehen, sondern darum, daß ein volkswirtschaftlich nutzbares Potential an Arbeit jetzt gut oder schlecht angewandt, eben „aufgebraucht“ wur-

de. Das kann auch durch bloßes untätiges Herumsitzen geschehen, falls dies in der Zeit geschieht, die zum Arbeiten vorgesehen ist. Dann würde die Arbeit auf äußerst unproduktive Weise aufgebraucht. Da „fruktifiziert“ sie sich wohl kaum. Dein Steiner-Zitat beweist also nur, daß Steiner sieht: Auch im volkswirtschaftlichem Sinn kann Arbeit aufgebraucht werden. Vermutlich meinst Du, daß Schmundt dies genauso meine, wenn er seine Fähigkeitswerte aufbrauchen läßt.

Selbst wenn es so wäre, würde dies meine zentrale Aussage über Schmundts mißverstandenen Wert 2 nicht berühren. Meine Vermutung zu seinem Arbeitsbegriff ist nur etwas zusätzliches, nicht das Zentrale meines Artikels. - Allerdings: Schmundts „Fähigkeitswerte“ sind nicht dasselbe wie Steiners Arbeitsbegriff. Insofern ist mit Deinem Steiner-Zitat noch nichts über Schmundt gesagt. Beide Begriffe haben eine gemeinsame Schnittmenge, sind aber nicht identisch. Was Schmundt als „Fähigkeiten vom Geist her“ nennt, und was er als „Gestaltung in die Natur hinein“ bezeichnet, das gehört beides bei Steiner konstitutiv zur „Arbeit“, die den „Wert 1“ hervorbringt. Erst wenn ich Geist auf die Organisation von Arbeit anwende, spare ich Arbeit ein und es entsteht Wert 2, der als „Kapital“ meßbar wird. Dieses Kapital verwalten dann u.a. die Investitionsbanken, die also keineswegs Geld „aus dem Nichts“ schöpfen müssen, wie Schmundt behauptet.

Aber damit sind wir beim nächsten Thema, das wir demnächst genauer anschauen sollten.

Mit herzlichem Gruß
Dein Oluf

Ankündigungen und Termine

Karmisches und Soziales in den Mysteriendramen R. Steiners

Vortrag und Gespräch mit Wilfried Hammacher.
Wochenendtagung, Sa, 28. Februar bis So, 1. März 1998,
R. Steiner Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10.

28. Februar 1998: 19.30 Uhr Vortrag. 1. März 1998:
9.30 bis 12.00 Uhr Gespräch. Kostenbeitrag je nach Ermessen DM 20,- bis DM 40,-.

Verantwortlich: Arbeitsgruppe für soziale Dreigliederung
in der Anthroposophischen Gesellschaft Stuttgart.

Übungsseminare: Soziale Kompetenz - Grundlagen der Kommunikation und Kooperation

- Kreative und psychosoziale Prozesse in Gruppen. Seminar, 5. - 9.1.1998, Alfter bei Bonn. Kursgebühr: 800,- DM, für TeilnehmerInnen aus Profit-Organisationen 2400,-

DM.

- In Gruppen arbeiten - Gruppen leiten. Seminar, 6. - 10.4.1998, Stuttgart.

- Konfliktmanagement - Konflikte lösen - konstruktiv streiten lernen. Seminar, 18. - 22.5.1998, Dortmund. Kursgebühr: 750,- DM, für TeilnehmerInnen aus Profit-Organisationen 2250,- DM.

Nähere Informationen: Concadora - Übungsseminare zur Entwicklung von Führungs- und Teamfähigkeiten, Rudi Ballreich, Hopfauer Str. 49, 70563 Stuttgart, Tel. (0711) 735 35 59, Fax 735 35 58.

Kurs: Europas Stellung zwischen Ost und West, 18. - 19. April 1998

Ein jährlich wiederkehrendes Arbeitstreffen unter Mitverantwortung von Peter Ernst (Schweiz), Anton Kimpfler (Freiburg) und Karin Kühlmann (Elsaß). Bewegungsspiele mit Mervi Mansikkala.

Europa ist keinesfalls nur eine Einheitsbestrebung von Brüssel aus. Was gehört zu seinen tieferen historischen Veranlagungen, seinem rechtlichen Auftrag und seinen reichen zukünftigen Möglichkeiten? Von da aus können auch die speziellen Belange des Dreilandes (Nord-schweiz, Elsaß, Baden) genauer angeschaut werden. Kursgebühr DM 60,-.

Anmeldung und Auskunft: Albertus Magnus-Haus, Zechenweg 2, 79111 Freiburg - St. Georgen.

Seminar: Idee und Wirklichkeit der europäischen Einheit, mit U. Herrmannstorfer

Mit Macht wird in Europa noch vor der Jahrtausendwende die Vollendung der politischen Integration angestrebt. Die Haltung der Menschen zu dieser Europa-Union schwankt zwischen euphorischer Begeisterung und tiefer Skepsis. Da die Auswirkungen dieser Entwicklung weitreichende Bedeutung für unser zukünftiges Leben haben werden, ist es notwendig, zu einem möglichst sicheren Urteil darüber zu kommen.

Gemeinsam mit dem Unternehmensberater Udo Herrmannstorfer wird vom 21.2. bis 24.2.1998 an diesem Thema in Witten/Annen seminaristisch gearbeitet. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Bedeutung des Impulses zur Dreigliederung des sozialen Organismus für die Entwicklung Europas. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob die europäische Union repräsentativer Ausdruck des europäischen Kulturimpulses sein kann oder nicht.

Information und Anmeldung: Timothy Apps, Krähenbruch 6, 44227 Dortmund, Tel. (0231) 727 43 89.

Kreis für Dreigliederung des sozialen Organismus Berlin

Dienstags (ab 3.2.1998, 18.00 Uhr): Kernbegriffe des assoziativen Wirtschaftens. Dienstags (ab 3.2.1998, 18.30 Uhr): Konzerne und die soziale Zukunft Europas - 78 Jahre seit Steiner. Samstagstagen zu freien Themen (7.2., 21.2., 7.3.1998, 15.00 - 17.00 Uhr). Außerdem: Archivmitarbeit möglich. Ort: Bornstraße 11 (Parterre), Steglitz.

Kontakt: Ernst Ulbrich, Leberstr. 22, 10829 Berlin

European Peace Congress Osnabrück 1998

Vom 29. - 31.5.1998 findet in Osnabrück aus Anlaß des 350-jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens ein europäischer Friedenskongress statt. Themen werden unter anderem sein: Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht // Kriegszustände: Sich dem Militarismus widersetzen // Pazifistische Handlungsperspektiven.

Weitere Informationen: Paul Betz, European Peace Congress, Postfach 4124, 49031 Osnabrück, Tel. (0541) 260 650, Fax 260 680.

Familienkultur im Lichte der neuen

Mysterien

Väter und Mütter auf dem Weg einer Erneuerung von Familie und Hauswesen

Unter diesem Motto findet vom 24.4. - 26.4.1998 eine Tagung am Goetheanum in Dornach statt. Sie umfaßt Einführungen und Betrachtungen (Birgit Kohlhasse, Manfred Schmidt-Brabant, Dr. Martin Schlüter, Felicitas Vogt, Marijke Steenbruggen), Musik und Szenen aus dem 1. Mysteriendrama von R. Steiner. Es finden ca. 18 Arbeitsgruppen statt.

*Nähere Informationen und Anmeldung über das Sekretariat der Sozialwissenschaftlichen Sektion, Frau Dändliker, Goetheanum, CH-4143 Dornach
Tel. 0041(61) 706 43 11, Fax 0041(61) 701 11 60.*

Muttersein in heutiger Zeit

Veranstaltung „Gesundheitspflege initiativ Esslingen“ am 5.3.1998 um 19.00 Uhr in der Stadthalle Eßlingen mit Manfred Schmidt-Brabant und Virginia Sease. Am Samstag vormittag schließt sich ein Seminar mit Eva Kleber und Birgit Kohlhasse an.

Hinz & Kunzt-Sparen

Die GLS Gemeinschaftsbank Filiale Hamburg bietet zusammen mit dem Strassenmagazin Hinz & Kunzt Sparangebote an, deren Zinsen verschiedenen Förderprojekten für Obdachlose zugute kommt. Ziel ist es, Obdachlosen wieder eine Perspektive zu geben und Ihnen auf dem Weg, eine Arbeit zu finden, zu helfen. Die Spareinlagen werden als Darlehen an soziale Initiativen wie beispielsweise freie Schulen und biologische Landwirtschaft weitergegeben.

Kontakt: GLS Gemeinschaftsbank Filiale Hamburg, Mittelweg 147, 20148 Hamburg, Tel. (040) 41 47 620, Fax 41 47 62 44.

Tagungen im Internationalen Kulturzentrum Achberg

1. Zum Abschluß des Forschungsprojektes „Neubegründung? - Die Konstitutionsfrage der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft“ lädt die *Initiative An Alle* ein zur Tagung „**Die Form der Freiheit**“, 27. - 31. Dezember 1997. (Zugleich Vorbereitung einer mitgliederinitiierten „außerordentlichen Generalversammlung“ der Anthroposophischen Gesellschaft am 5.4.98).

2. Zur Vorbereitung des Groß-Projektes einer goetheanistisch-anthroposophisch orientierten „**Europäischen Verfassungs-Initiative (EVI)**“ für den bevorstehenden Volksentscheid über die Konstitution der Europäischen Union lädt die *Initiative „Netzwerk EVI“* ein zur Tagung „**Bauplatz Europa**“, 1. - 5. Januar 1998: Die Neubegründung der Fundamente des europäischen Hauses für das 21. Jahrhundert durch eine Verfassung der Dreigliederung des sozialen Organismus.

3. Zwei Arbeitstreffen zum 100. Geburtstag (10. Januar) des anthroposophischen Sozialwissenschaftlers *Wilhelm Schmudt* (1898 - 1992):

6. - 8. Januar 1998: „**Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt**“. Einführung in das Werk Wilhelm Schmudts.

9. - 11. Januar 1998: „**Durch Revolution der Begriffe zur Evolution der Gesellschaft**“. Wilhelm Schmudt Arbeitstreffen zur Rezeption und Wirkung seines Werkes.

4. Seminar mit Ingrid Feustel und Harrie Salman: **Schulungswege für die Dreigliederung und Gemeinschaftsbildung**. 28.2. - 4.3.1998: Was ist die Aufgabe der sozialen Dreigliederung innerhalb der Gemeinschaftsbildung? Was können wir lernen, um Gruppen / Gemeinschaften / Institutionen zu bilden, in denen gute Kräfte inspirierend wirksam sein können?

Nähere Informationen, Tagungsprospekte und Anmeldung: Internationales Kulturzentrum Achberg, 88147 Achberg, Tel. (08380) 335, Fax 675.

Tagung: Wege aus der Umweltkrise, 7. - 8. Februar 1998

Die Umweltkrise - Erscheinungsformen und Dimensionen (Prof. Dr. Helmut Metzner), Die Umweltkrise als Knappheits- und Verteilungsproblem (Fritz Andres), Instrumente der Umweltpolitik: Ordnungsrecht, Abgaben und Zertifikate (Jobst von Heynitz), Die Idee der Konsumsteuer und der ökologische Besteuerungsansatz (Dr. Benediktus Hardorp), Die Umweltkrise als Bewußtseinskrise (Andreas Suchantke), Zur weltweiten Teilhabe an globalen Ressourcen, oder: Sollte China ein Volk von Radfahrern bleiben? (Eckhard Behrens), Ansatzpunkte und Hindernisse für eine ökologische Steuerreform.

Nähere Informationen: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. (07164) 35 73.

Elementarseminar „Arbeit, Kapital, Unternehmen“, 21. - 22. März 1998

Themen u.a.: Die Eingliederung der Arbeit in den Produktionsprozeß - Kritik des Lohnverhältnisses / Die Überwindung des Lohnverhältnisses durch Vollbeschäftigung / Die Stellung des Kapitals im Unternehmen / Die Überwindung der Abhängigkeit der Unternehmerfunktion von der Kapitalseite / Die neue Unternehmensverfassung. Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. (07164) 35 73.

Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“

6. - 8. Februar 1998 - Studienhaus Rüspe, Kirchhundem: **Der Vormarsch des Computers in der Pädagogik - Bewährungsprobe für die Waldorfschule**. Arbeitsanregungen für Selbstverwaltung und Unterricht.

6. - 8. März 1998 - München: **Arbeit und Einkommen - Scheidung einer zerrütteten Beziehung**.

28. - 29. März 1998 - Rudolf Steiner Haus Stuttgart: **Qualitätssicherung in anthroposophischen Einrichtungen. Entstehungsbedingungen der Qualität. Individualität - Prozesse - Strukturen**

30. April - 3. Mai 1998 - Anthroposophisches Zentrum Kassel: **Organbildung als Voraussetzung sozialer Handlungsfähigkeit - Beiträge zur Selbstverwaltung**

Themen u.a.: Lebensprozesse - Organbildung - Organisation / Der Umgang mit sozialen Gestaltungskräften - Prozesse und Organe in sozialen Gemeinschaften / Prozesse und Organfunktion im menschlichen Organismus / Organbildung in der Gesamtgesellschaft - Staat und Recht, Wirtschaft, Kultur / Projektive Geometrie. Mitwirkende: Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Dr. med. Sabine Schäfer u.a.

15. - 17. Mai 1998 - Rudolf Steiner Haus Kiel: **Gestaltungsmöglichkeiten im Sozialen**. Die Dreigliederung des sozialen Organismus - eine zeitgemäße Antwort auf die sozialen Forderungen der Gegenwart

10. - 14. Juni 1998 - Rudolf Steiner Haus Stuttgart: **Anthroposophie und Dreigliederung des sozialen Organismus - Eine Einführung**

Themen sind u.a.: Anthroposophie und Dreigliederung / Idee und Wirklichkeit der Freiheit - Wie lebt der Freiheitsimpuls in sozialen Gemeinschaften? / Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens - Wege aus der Vormundschaft / Wesensglieder des Menschen und biografische Entwicklung / Die Menschheit will ein Ganzes werden: Idee und Wirklichkeit der Brüderlichkeit - Wie lebt der Brüderlichkeitsgedanke in der wirtschaftlichen Praxis von Einrichtungen? / Assoziatives Wirtschaften. Zusammenarbeit statt Konkurrenz - Wege zum assoziativen Wirtschaften / Individualität als Schulungsweg / Individualität und Gemeinschaft im Gleichgewicht. Idee und Wirklichkeit der Gleichheit - Rechtsfragen in Gemeinschaften / Wege zu einem lebendigen Recht - Rechtsfragen im Verhältnis selbstverwalteter Einrichtungen zum Staat / Die Bedeutung von Wiederverkörperung und Schicksal für das soziale Leben / Wie wirkt man für soziale Erneuerung? / Vorträge, Gesprächsarbeit, praktische Beispiele (Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe) und musikalische Übungen (Marco Bindelli).

12. - 15. November 1998 - Anthroposophisches Zentrum Kassel: **1998 = 3mal 666: Der Impuls von Gondishapur in der Gegenwart - Geisteskampf an der Jahrtausendschwelle**.

Themen der Vorträge und der Gesprächsarbeit werden sein: Die Signatur der Bewußtseinsseele / 1x 666: Der Impuls von Gondishapur / 2x 666: Der Arabismus und der Entstehungsmoment der modernen Naturwissenschaft / 3x 666: Die apokalyptische Signatur der Gegenwart / Das Motiv der Verfrühung / Der Kampf um den Entwicklungsgedanken / Dreigliederung des sozialen Organismus als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele. Mit-

wirkende: Udo Herrmannstorfer, Elmar Lampson, Albert Schmelzer und Christoph Strawe.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V., Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax 23 60 218.

Management - Weiterbildung

Weiterbildungsreihe des Instituts für Sprache, Recht und Geld und der Gesellschaft für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen auf anthroposophischer Grundlage.

- **Organisationsentwicklung als Prinzip der Selbstverwaltung** 12. - 14.2.1998, mit A. Maurus, Dr. M. Brater.
 - **Führung und Selbstverwaltung** 14. - 16.5.1998, mit A. Maurus, Dr. M. Brater.
 - **Entscheidungen und Vereinbarungen**, 17. - 19.9.1998, mit A. Maurus, Dr. M. Brater.
 - **Konfliktbewältigung in Institutionen**, 26. - 28.11.1998, mit P. Lüdemann-Ravit.
 - **Arbeitsrecht**, 11. - 13.2.1999, mit T. Rüter.
 - **Wirtschaftlichkeit in anthroposophischen Einrichtungen**, 29.4. - 1.5.1999, mit D. Pommerning und C. Czesla.
 - **Öffentlichkeitsarbeit**, 16. - 18.9.1999, mit H. Dahlem und M. Barkhoff.
 - **Qualitätsmanagement**, 18. - 20.11.1999, mit A. Maurus und Dr. M. Brater.

Teilnahmegebühr 8.800,- DM inkl. Unterkunft und Verpflegung. Tagungsort: Wiesenhaus, Fulda.

Weitere Informationen und Anmeldung: Institut für Sprache, Recht und Geld e.V., Hilmar Dahlem, Annener Berg 15, 58454 Witten, Tel. (02302) 96 73 294, Fax 68 000.

HINWEISE AUF ARBEITSMATERIALIEN

Erweiterte Neuauflage von Udo Herrmannstorfers „Scheinmarktwirtschaft“

Die bereits vor einiger Zeit im Verlag Freies Geistesleben

Stuttgart erschienene Neuauflage - es ist inzwischen die 3. - des Buches „Scheinmarktwirtschaft“ mit dem neuen Untertitel „Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft“ enthält wichtige Erweiterungen - so zu Fragen der Weltwirtschaft und zur Arbeitslosigkeit. Darum sei hier noch einmal auf sie hingewiesen.

Albrecht Hemming, Ulrich Pinkall: Auf dem Wege zu den Urbildern von Organisationsstrukturen

Dieses 1983 als Manuskriptdruck im Selbstverlag erschienene - und inzwischen leider vergriffene Werk - ist ein wertvoller Beitrag zum Thema „Sternenwelt und soziale Gestaltung“ (vgl. den letzten Rundbrief). Es behandelt Fragen der Organisationsentwicklung, der Geschichte des astronomischen Weltbildes und der sozialen Strukturen. Dabei geht es, Anregungen R. Steiners aufgreifend, u.a. um die Lemniskatenbewegung von Sonne und Erde, wobei ein astronomisches Weltbild beschrieben wird, „das mathematisch gleichwertig ist zum kopernikanischen System, aber weder geozentrisch noch heliozentrisch ist“ (S.37). Die entsprechenden Bewegungen der Himmelskörper lassen sich anschaulich studieren an einem von Hemming gebauten Planetarium, in dem die Mitte nicht von vornherein durch Sonne oder Erde „besetzt“ ist, sondern „in rhythmischem Wechsel sowohl von der Sonne als auch von der Erde durchlaufen“ wird (S. 48). Dieser Gesichtspunkt ist dann später ein Leitmotiv bei der Entwicklung nicht-zentralistischer, rhythmisch geordneter Organisationsstrukturen.

Es wäre zu wünschen, daß dieses Material- vielleicht sogar in erweiterter Form - wieder in größerer Auflage zur Verfügung stünde.

Menschen, die an einem Austausch über die angeschnittenen Fragen im Verhältnis von Astronomie und Sozialwissenschaft interessiert sind, können sich in Verbindung setzen mit: *Albrecht Hemming, Im Rondell 1, 79219 Staufen, Tel. (07633) 500 531, Fax (07633) 500 633.*

Finanzierung der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“:

Etat '98 - Aufruf zum Kostenausgleich

Christoph Strawe / Volker Stübel

Praktische Zusammenarbeit für die zeitnotwendige Dreigliederung des sozialen Organismus fördern, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Wahrnehmung und notwendige Gespräche auf diesem Feld anregen: dafür arbeitet die Initiative „Netzwerk“.

Das „Netzwerk“ ist ganz bewußt nicht als vereinsmäßiger Zusammenschluß gebildet worden. Aktivitäten

werden immer von den sie unmittelbar tragenden Menschen und Gruppierungen verantwortet. Zum „Netzwerk“ gehört man nicht als „Vereinsmitglied“, sondern durch den finanziellen Beitrag zur Ermöglichung der Arbeit, durch die Beteiligung am „Informationsnetz“ (Rundbrief-Abo, eigene Informationsbeiträge), durch Teilnahme an Treffen und Seminaren der Initiative und schließlich

durch eigene Initiativen, die im Bewußtsein des gemeinsamen Zusammenhanges „Netzwerk“ ergriffen werden.

Gemeinsam getragen werden müssen die Kosten für die Informations-, Vermittlungs- und sonstige Arbeit des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet wird. Finanziert werden müssen zum einen die Sachkosten, zum andern müssen auch in angemessenem Umfang die Einkommen derer, die im Büro die Arbeit leisten (d.h. Christoph Strawe und Volker Stubel) mitfinanziert werden.

ETAT 1998

Es zeichnet sich ab, daß die Beiträge zum Kostenausgleich und zum Rundbrief für das laufende Jahr ausreichen werden. Allen, die das ermöglicht haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Daß es in Zukunft nicht leichter werden wird, freie Initiativen für eine Erneuerung der sozialen Verhältnisse finanziell zu tragen, ist fast schon eine Selbstverständlichkeit. Auch wir werden zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, um durch die von unserem Büro betreuten Projekte (die neben der Initiative „Netzwerk“ auf dem Feld der Fortbildung, der Studentenarbeit, der Forschung und des Journalismus liegen) die Sachkosten und die beiden Gehälter zu finanzieren.

Für 1998 wurde im Anschluß an das Netzwerk-Seminar am 2. November 1997 in Frankfurt der Finanzbedarf eingeschätzt und der folgende Etat für das neue Jahr verabschiedet:

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Sachkosten Rundbrief	14.500,- DM	16.000,- DM
Sach- und Bürokosten allgemein		9.000,- DM
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		2.500,- DM
Gehaltsanteile und Honorare		35.000,- DM
Zusammen	14.500,- DM	62.500,- DM
Erwartete Unterdeckung		-48.000,- DM

Dieser Betrag muß durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Das ergibt bei angenommenen 240 Teilnehmern am Kostenausgleich einen Mittelwert von 200,- DM.

Bitte helfen Sie durch Ihren Beitrag wieder dabei mit, daß wir die Kostendeckung erreichen! Das kann auch im neuen Jahr wieder gelingen, wenn sich genügend Menschen beteiligen.

Die Überweisung Ihres Kostenausgleichsbeitrags sollte das Kennwort „Kostenausgleich Initiative 'Netzwerk Dreigliederung'“ enthalten. Wichtig: Den Beitrag (Richtsatz 30,- DM) für den Dreigliederungs-Rundbrief können Sie in ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir

rechnen diese 30,- DM dann für den Rundbrief an, so daß Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Zur Technik des Kostenausgleichs

Ihren Kostenbeitrag setzen Sie nach eigenem Ermessen an. Zielgröße für die Einschätzung bildet das dargestellte Budget für 1998. Bei einer aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte hypothetisch angenommenen Zahl von 240 Teilnehmern am Kostenausgleich ergibt sich ein Richtwert von 200,- DM pro Person bzw. Einrichtung. Aufgehen kann die Rechnung in jedem Fall nur dann, wenn der geringere Beitrag von finanziell schlechter gestellten Menschen durch einen höheren Beitrag der Bessergestellten ausgeglichen wird.

Um den buchhalterischen Aufwand gering zu halten, wäre es das Beste, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 1998 überweisen. Wenn das nicht möglich ist, können Sie aber selbstverständlich auch in Raten zahlen. Nach Ablauf des Jahres 1998 werden wir dann über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen. (Kostenausgleicher des Jahres 1997 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Ergibt sich dabei ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschußpflicht“ besteht selbstverständlich nicht. Ergibt sich etwa durch höhere Beiträge ein Überschuß, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehenlassen, falls er ihn nicht zurückhaben will.)

Steuerliche Gesichtspunkte

Alle am Kostenausgleich beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts als reine Innengesellschaft. Das bedeutet, daß diese Gesellschaft nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Die Kostenbeiträge sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Bei gemeinnützigen Einrichtungen, die sich in ihrer Satzung in dieser oder jener Form die Pflege der Anthroposophie, der Waldorfpädagogik usw. zum Ziel gesetzt haben, kann die Beteiligung am Netzwerk und damit die Stärkung des anthroposophischen Sozialimpulses als ein integraler Bestandteil der Erfüllung ihrer Satzungszwecke betrachtet werden.

Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01.

Zur Finanzierung des Rundbriefs

Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug des Rundbriefs für 1998 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr 1997 noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen.

Da wir wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen verzichten, sind wir ganz darauf angewiesen, daß jeder Bezieher in eigener Initiative seinen Beitrag dazu leistet, daß der Rundbrief auch weiterhin erschei-

nen kann. Da der Richtsatz von DM 30,- nur die Sachkosten abdeckt und immer einige Bezieher (Studierende, Arbeitslose usw.) nur einen geringeren Betrag aufbringen können, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher ansetzen können. Für Ihre Überweisung benutzen Sie bitte das Kennwort „Dreigliederungs-Rundbrief“.

Auslandsüberweisungen: Um hohe Überweisungsgebühren zu vermeiden, empfehlen wir die Übersendung eines Geldscheins. Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, können Sie auch auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen.



Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative „Netzwerk Dreigliederung“,
c/o Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax (0711) 23 60 218.

✍ **Ich beteilige mich am Kostenausgleich 1998 der Initiative „Netzwerk“ mit DM**
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

✍ **Bitte schicken Sie mir Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben.**

✍ **Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu** (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM /Jahr (Richtsatz DM 30,-); Konto-Nr. s.o. (Nur bei Neubestellungen ausfüllen.)

Bitte auch Rückseite ausfüllen

Die neue Rolle des Staates

Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“

Sonntag, 22. März 1998

Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10, 70188 Stuttgart

10.30 Uhr: Individualisierung, Globalisierung
und die neue Rolle des Staates
(einleitendes Referat: C. Strawe)

12.15 Uhr: Mittagspause

14.00 Uhr: Neue Tendenzen in der Staats-
entwicklung (New public management u.a.)
(einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)

15.30 Uhr: Pause

15.45 Uhr: Auswege aus der Globalisierungsfalle

- Sozialer Schutz unter neuen Bedingungen
(einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)

17.30 Uhr: Sitzung der Teilnehmer am Kosten-
ausgleichsverfahren (Trägerkreis der Initiative
„Netzwerk Dreigliederung“). Ende spätestens
gegen 18.30 Uhr.

Für das Seminar wird von Teilnehmern, die nicht ohne-
hin bereits am Kostenausgleich teilnehmen, eine Kosten-
beteiligung von DM 100,- erbeten. Anmeldungen bitte an
das Netzwerk-Büro (s.u.).



.....
✍ Ich komme zum Netzwerk-Seminar „Die neue Rolle des Staates“ am 22. März 1998 in Stuttgart.

✍ Bitte schicken Sie mir eine Anfahrtsbeschreibung zum Rudolf Steiner-Haus Stuttgart.

✍ Bestellmöglichkeit von älteren Rundbriefen: Bitte schicken Sie mir eine Übersicht über noch vorrätige Nummern.

Name

Adresse, Telefon

Datum, Unterschrift